Alhambra

Zeitung und Programm

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt?

Es reicht! Es reicht schon lange!
Bündnis „REICHE STREICHEN!" zu Hartz IV 3
AntiLagerTour in Oldenburg
... ein kurzer Bericht 4
Vandalen and so on
Ausgangssperre für Jugendliche in London
Oldenburger Partykultur 5
Innenministerkonferenz 2004 in Kiel
... der Rechtsstaat lädt nach
„funkstörung"-Ausstellung 6
Olympische Besatzung
Olympia-Städte im Ausnahmezustand 8
„Mit den Turnschuhen ..."
Markenbewußtsein in Athen 10
PGA-Belgrad
Nachbericht vom 23.-29. Juli 11
Auf Kosten der Frauen
Abtreibungsgesetze in Lateinamerika 12
Teilen und Vertreiben
Blut für Öl im Sudan 14
Nur Teilhabe am Markt?
Enteignung und Aneignung. 17
Die Welt ohne Geld und Markt
Radikale Lösungen jenseits des Kapitalismus 22
Buchrezension: Noam Chomsky
„Power and Terror" 25
Literaturseite:
„Jeden Frühling wüsche ich mir das Gleiche" 26
Ankündigungen 27

BAU-WOCHENENDE
Beginn Samstag
um 12 Uhr
11. und 12.
September

Es reicht
Es reicht schon lange!

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht neue Widerlichkeiten aus dem Arsenal der sogenannten „Reformen" von Regierung und Opposition uns nicht nur das Frühstück, sondern gleich auch noch den ganzen Tag versauen. Wenn wir das jetzt alles aufzählen wollen, würden wir kein Flugblatt, sondern eine Stichwortsammlung in der Größe einer Stadtteilbibliothek verteilen. Da wir uns das aus finanziellen Gründen nicht leisten können - sonst wären wir ja auch nicht hier - seien nur ein paar Dinge angemerkt:

Angeblich gibt es in diesem Land kein Geld ...
Und irgendwie stimmt das sogar; es gibt kein Geld für akzeptable Löhne, für Gesundheit, für eine Rente, die nicht nur vor dem Verhungern bewahrt, für Bildung und und und.
Aber natürlich stimmt es auch nicht; es ist mehr als genug Geld da für Steuergeschenke an die Reichen, für diejenigen, die vor lauter Kohle schon gar nicht mehr wissen, was sie alles noch konsumieren könnten, für großzügigste Zuwendungen an die ach so armen Großkonzerne oder für die Bundeswehr...

Es stimmt schon: „Der Teufel scheißt immer auf den größten Haufen" und es stimmt auch, dass der Unterschied zwischen gut verdienenden und Menschen mit niedrigem Einkommen immer größer wird. Das Problem ist weniger das Geld, als vielmehr die Verteilung.

**Und deshalb stimmt es auch,
dass Hartz IV und die Agenda 2010 sofort und endgültig weg müssen!**

Aber sage jetzt niemand, dass früher alles besser war; auch vorher konnten sich Leute mit mehr Geld eine bessere Gesundheitsversorgung, bessere Bildung und noch viel mehr leisten, häufig genug auf unsere Kosten.

Es war nicht besser - es wird nur schlimmer!

Vielleicht ist es an der Zeit ein paar Fragen zu stellen:

Ist Arbeit an sich unser Lebenszweck, oder wollen wir eine sinnvolle und befriedigende Tätigkeit, die wir dann tatsächlich freiwillig tun?

Wieso ist Gesundheitsversorgung nicht kostenlos und frei für alle?

Warum ist Bildung im Kapitalismus schon immer (und immer mehr) nur dazu da, uns beizubringen im Job und im Leben zu funktionieren? Leistungsdruck und Konkurrenzverhalten, sinnfreies Gehorchen, von sogenannten Autoritäten benotetes Verhalten, das Maul halten - das ist es, was wir schon in der ersten Klasse lernen. Wollen wir nicht lieber selbstbestimmt und ohne Druck ein Leben lang lernen?

Müssen wir tatsächlich auf andere Menschen herabschauen können, damit es uns besser geht?

Brauchen wir etwa jemanden, der/die uns immer sagt, wo es lang geht?

Können wir eventuell selber denken, für uns entscheiden? Frei und solidarisch mit allen Menschen weltweit, die wie wir ein menschenwürdiges Leben wollen?

Natürlich gibt es noch viel mehr Fragen, und natürlich wird es auch Zeit, darauf Antworten zu haben, allein oder mit anderen zusammen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht und Sexualität.

Und bis dahin gilt:
KEINE SOZIALKÜRZUNGEN
KEIN LOHNRAUB
KEINE ZWANGSMASSNAHMEN
KEIN HARTZ SONSTNOCHWAS
KEINE AGENDA 2010

und sowieso: KEIN RAUM FÜR NATIONALISMUS UND RASSISMUS
und überhaupt : ALLES FÜR ALLE!!! JETZT UND UMSONST

Beteiligt euch an den Protesten gegen Hartz IV z.B. montags 17.30 Uhr Rathausmarkt

Bündnis „REICHE STREICHEN" c/o Alhambra

AntiLagerTour
in Oldenburg

Vom 20.8. bis zum 5.9. waren viele Menschen mit der Anti-Lager-Tour 2004 unterwegs um an Abschiebelagern und -knästen in der ganzen BRD mit Demos, Aktionen und Camps auf die beschissenen Zuständeaufmerksam zu machen. Außerdem richteten sich die Aktionen gegen die Bewegungseischränkung von Flüchtlingen durch das Residenzpflichtgesetz, Zwangsarbeit und Illegalisierung. Auch wenn die Tour nicht nach Oldenburg gekommen ist, gab es hier einige Mobilisierungs- und Soli-Aktionen...

Diskutieren

...am 17.August gab es in der Uni eine Informationsveranstaltung von Maik Alabi (The Voice) über die Lebenssituation und Selbstorganisierung von MigrantInnen in der BRD.

Busfahren

...am 20.August fuhren 60 Leute aus Oldenburg und Blankenburg mit dem Bus nach Bramsche-Hesepe um dort an der großen Auftaktdemo teilzunehmen. Die Fahrt verlief problemlos, es gab keine Vorkontrollen für den Bus, also keinen Stress für die Leute, die mit der Fahr ihre Residenzpflichtauflagen verletzt haben. Die Demo, an der 600 Menschen teilnahmen, führte vom Bahnhof, vorbei am Widerstandscamp zum Abschiebelager Bramsche-Hesepe. Das Lagertor war von den Bullen abgeriegelt, die sehr zahlreich und mit Pferden den Zaun bewachten, so daß es leider weder gelungen ist ins Lager zu kommen, noch Menschen von dort zur Demo stossen konnten. Nach Androhung der Bullen den Platz zu räumen wurde die Demo dann aufgelöst und die TeilnehmerInnen zogen sich ins Camp zurück. Zum Trost: 15m Zaun sind ein paar Nächte später dann doch noch umgefallen.

Radiohören

...den Anfang machten zwei Informationssendungen im Offenen Kanal. Am 7.August trafen sich etwa 20 mit Radios ausgerüstete Leute mittags in der Innenstadt um die einstündige Sendung für ein größeres Publikum hörbar zu machen....

Fahrradfahren

...am 8. August fuhren etwa 100 Menschen auf Fahrrädern, Skateboards und Inlinern zum 7 km entfernten Flüchtlingslager in Blankenburg. Trotz großer Hitze zeigten sich die Bullen sehr gelassen und ließen die unangemeldete Demo ungestört losrollern. In Blankenburg gab es ein kleines Sommerfest währenddessen etwa 30 Leute unerlaubt das Lagergelände betraten, um dort zum Fest einzuladen und über die Tour zu informieren. Das gelang problemlos trotz eines sehr cholerischen Lagerleiters, der schließlich die Bullen holte um alle wieder vom Gelände zu verweisen. Danach gab es noch einen gut besuchten Workshop zur Selbsorganisierung von MigrantInnen.

Und zum Schluß: Danke an alle die mitgeholfen haben, zu den Aktionen gekommen sind und dafür gesorgt haben, daß alles so gut gelaufen ist !

AntiraPlenumOldenburg

Vandalen and so on

Ausgangssperre für Jugendliche in London

von federica matteoni in Jungle World

Sie ziehen ziellos in Banden auf der Straße umher, trinken und brüllen mitten in der Nacht, manchmal randalieren sie wie wild und stören den Schlaf des guten britischen Bürgers. Es gibt auch die Harmloseren, die auf der Straße laute Musik hören, Fußball spielen oder Vandalismus verüben wie etwa, Graffiti zu sprayen. So sehen sie aus, die »antisozialen« Jugendlichen, die man auch aus einigen Filmen von Ken Loach kennt.

Dank der Labour-Regierung, die dieses Problem anscheinend an der Wurzel packen wollte, kann der gute, normale, britische Bürger nun endlich auf ruhigere Träume hoffen. Denn bald sollen alle Kids einfach von der Straße verschwinden. Seit vergangener Woche ist in London eine Verordnung in Kraft getreten, die in einigen Gegenden der britischen Hauptstadt eine Ausgangssperre für Jugendliche unter 16 Jahren vorsieht. Nach neun Uhr abends dürfen sich in 16 Gegenden der Stadt Teenager nicht mehr ohne Begleitung eines Erwachsenen aufhalten, unter anderem in Teilen des Londoner Touristenviertels West End, wo sich unzählige Kinos, Restaurants und Vergnügungsbetriebe befinden. Ab sechs Uhr morgens dürfen sich die Kids dann dort wieder frei bewegen. Wer in den so genannten »dispersal areas« unbegleitet erwischt wird, werde mit dem Streifenwagen nach Hause gebracht, gab Scotland Yard bekannt.

Die Verordnung erlaubt der Polizei außerdem, Gruppen von zwei oder mehr Personen – egal in welchem Alter – zu zerstreuen, die randalieren, laut reden, lachen oder Musik hören, trinken oder Drogen konsumieren. Polizeiliche Einsätze sind auch gegen Gruppen von Jugendlichen möglich, die »so aussehen«, als würden sie »wahrscheinlich« etwas im Schilde führen, das die Nachbarschaft stören, belästigen oder bedrohen könnte. Wer sich weigert, »freiwillig« nach Hause zu gehen, kann festgenommen werden.

Diese Maßnahme ist nur ein weiterer Schritt bei der Durchsetzung des im vergangenen Jahr von der britischen Regierung verabschiedeten Anti-Social Behaviour Act. Mit diesem Gesetz hat sich Innenminister David Blunkett vorgenommen, gegen jede Form so genannter »low-level criminality« vorzugehen. Und der Kampf gegen »antisoziales Verhalten« steht schon immer ganz vorne auf der Law-and-Order-Agenda der Labour Party.

Doch wie definiert man »antisozial«? Was der Gesetzgeber relativ vage und nur durch Verbote erklärt, erfährt man in einem Dossier auf der Website der BBC, dessen Titel lautet: »How can the Anti-Social Behaviour Act help you?« Dem guten, normalen, britischen Bürger wird erst einmal erklärt, unter welchen Bedingungen er von dem Gesetz profitieren kann: »Wurden Sie schon von Straßengangs bedroht? Sieht Ihre Gegend aus wie eine Graffiti-Ausstellung? Das sind nur einige der Probleme, die das Anti-Social Behaviour Act bekämpfen will.« Hauptziel des Gesetzes sei es, der Polizei die Mittel zur Verfügung zu stellen, um »das Leben der Community« zu schützen. Geschützt werden soll die Community vor allem vor Jugendlichen und Kindern, denn, so erklärt die BBC weiter, »antisoziales Verhalten« sei vorwiegend unter diesen Subjekten zu beobachten.

Neben der Ausgangssperre sind weitere »resozialisierende« Maßnahmen vorgesehen, die den antisozialen Jugendlichen zum verantwortungsbewussten Bürger machen sollen. Jugendliche können etwa dazu verpflichtet werden, so genannte »Acceptable Behaviour Contracts« zu unterschreiben, eine Art »freiwillige« Verträge, in denen sie versprechen, sich künftig anständig zu benehmen.

9. AUGUST

STADT OLDENBURG

Randale nachts auf Nadorster Straße

POLIZEI 200 Leute blockieren Wege – Autoscheibe zerstört

OLDENBURG/KF – Hohe Abendtemperaturen, Enttäuschung über eine geplatzte Fete, Gruppenzwang – viele Dinge kamen zusammen bei einer „spontanen Massenrandale" in der Nacht zum Sonnabend an der Nadorster Straße. Erst ein massiver Einsatz der Polizei beendete den Vorfall.

Gegen 3 Uhr hatten sich rund 200 Menschen, die auf dem Rückweg von einer – ebenfalls von der Polizei aufgelösten – Party am Woldsee waren, an der Nadorster Straße (Höhe Gertrudenfriedhof) versammelt. Die zum Teil Angetrunkenen blockierten Rad- und Gehwege, torkelten über die noch recht stark befahrene Straße und warfen Flaschen auf die Fahrbahn.

Kritisch blieb die Lage auch nach Eintreffen der ersten Polizeibeamten. Die Menge folgte der Aufforderung, Ruhe zu geben, nicht – Unbekannte zerstörten sogar die Heckscheibe des Einsatzwagens. Daraufhin wurden weitere Polizisten alarmiert, die noch etwa 50 Leute antrafen. Sie wurden von der Straße „gedrängt", woraufhin sich kurz vor 5 Uhr endgültig die Situation beruhigte.

„Es war ziemlich stressig", sagte einer der Beamten der NWZ. Bei den Beteiligten habe es sich wohl um Gäste einer Party am Woldsee gehandelt, die von der Polizei auch unterbunden worden war. Bereits hier hatten Unbekannte einen Streifenwagen beschädigt und zwei Reifen zerstochen.

Innenministerkonferenz Kiel 2004

der Rechtsstaat lädt nach...

Die Innenministerkonferenz ist die Fachtagung für Innere Sicherheit, Katastrophenschutz, Verwaltung und Gesetzgebung, Kommunale Angelegenheiten sowie Ausländer- und Migrationsangelegenheiten der BRD.
In der Konferenz sind die Innenminister und -senatoren der Länder mit jeweils einer Stimme vertreten. Die Konferenz tagt zweimal im Jahr. Der Vorsitz wechselt jährlich. Es ist ein Treffen der Verantwortlichen für polizeiliche Repression, Überwachung und Kontrolle der Individuen.
Der derzeitige Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Schleswig-Holsteins Innenminister Klaus Buß, meint, die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus sei immer noch sehr hoch und werde auf nicht absehbare Zeit andauern. „Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass wir die vielfältigen Möglichkeiten der Informationsgewinnung ausschöpfen",
Der Hafenbereich wurde für die zweitägige Sitzung in einen Hochsicherheitsbereich verwandelt. Schwerbewaffnete Bundeswehrsoldaten bewachten das mit Stacheldraht abgesicherte Hafengelände, während sich die konferierenden noch weiter zurückzogen, nämlich auf das Segelschiff Gorch Fock.

Ein Themenschwerpunkt der Innenministerkonferenz war die Neuordnung, Effizienzsteigerung und Ausweitung der Befugnisse des Bundeskriminalamts, des Bundesnachrichtendienstes und des Bundesamts für Verfassungsschutz sowie die Einführung einer zentralen Index-Datenbank zur Erfassung und Verwertung von Informationen über staatsfeindliche Personen und Handlungen. Ein Analyse- und Lagezentrum soll noch 2004 in Berlin eingerichtet werden.

Otto Schily bestand ursprünglich auf eine Zurückstufung der Landesverfassungsschutzämter zu Filialen des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Das Bundeskriminalamt sollte nach Plänen von Otto Schily den Charakter einer Zentralstelle bekommen. Diese sollte gegenüber den Landeskriminalämtern weisungsberechtig, also übergeordnet sein. Er argumentierte, die Zentralisierung dieser Behörden würde zur Effizienzerhöhung bei der Bekämpfung des Terrorismus beitragen. Die bisherige Weitergabe von Informationen zwischen den Verfassungsschutzämtern in Bund und Ländern bezeichnete Schily als unbefriedigend.
Später wies Schily jedoch zurück, dass er die Landeskriminalämter dem BKA unterordnen wolle: „Wir haben mit der dezentralen Kriminalitätsbekämpfung sehr gute Erfahrungen gemacht." Allerdings solle die Zentralstellenfunktion des BKA gestärkt werden, wo es geboten ist. Ein Ankommen gegen eine Bedrohung wie den Terrorismus mit geteilten Gewalten bezeichnete er als realitätsfremd.
Der Große Lauschangriff fällt vorerst allerdings aus. Kritik von allen Seiten hatte der Vorschlag vor allem auf sich gezogen, weil auch Pfarrer, Ärzte, Anwälte, Journalisten und andere Berufsgeheimnisträger im Rahmen der Verfolgung schwerer Verbrechen mit Wanzen in Büros, Kanzleien, Praxen oder gar Beichtstühlen abgehört werden sollten. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und ihr Kollege aus dem Innenressort, Otto Schily (beide SPD), hielten diese Maßnahmen im Rahmen des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus für nötig.

Die Innenministerkonferenz hat in Kiel auch beschlossen, dass alle nationalen und internationalen Erkenntnisse über islamische Terroristen und Extremisten zentral ausgewertet werden können, um terroristische Anschläge besser verhindern zu können.
Erforderlich sei nun die Prüfung der Voraussetzungen für die Einrichtung gemeinsamer Dateien von Polizei und Verfassungsschutz, insbesondere einer Indexdatei. Außerdem soll unter anderem die Zusammenarbeit weiter verbessert werden. Über Details einigte man sich während der Innenministerkonferenz in Kiel nicht. Otto Schily schlug jedoch vor, in der Index-Datei nur zu vermerken, welche Behörde welche Art der Information speichert. Nach Angaben der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung ließ die Stadt Essen durch die Polizei jedoch schon genetische Fingerabdrücke von Asylbewerbern einsammeln. Anhand der DNA-Analyse überprüfte man Angaben der Flüchtlinge auf ihre Glaubhaftigkeit hin. Bislang durfte der genetische Fingerabdruck nur im Falle einer besonders schweren Straftat angewandt werden.

Bei der Konferenz wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen für den genetischen Fingerabdruck erweitert.
In Deutschland werden seit gerau-

mer Zeit DNA-Speichelproben von Graffiti-Sprühern analysiert, um diese auch genetisch erkennungsdienstlich zu behandeln.
Das BKA in Wiesbaden führt ebenfalls seit 1998 die DNA-Datenbank AFIS mit über drei Millionen Fingerprints aus dem Umfel der Linken Szene.
In der deutschen Öffentlichkeit stösst der genetische Fingerabdruck auf grosse Akzeptanz. Schliesslich kann er zur Überführung von Sexualstraftätern führen. Die Dauerpräsenz von Sexualdelikten in der Berichterstattung der Medien senisbilisiert die Bevölkerung für dieses Thema.
Die Innenminister der Länder schufen während der vergangenen zwei Tage die Grundlagen für eine Durchführung von DNA-Tests bei jeder normalen erkennungsdienstlichen Behandlung der Polizei. Damit ergänzen und ersetzen sie die Fotos und herkömmliche Fingerabdrücke und die schriftlich erfassten Angaben zur Person. DNA-Proben können auch von Personen abgenommen werden, denen keine Straftat nachgewiesen wurde. Die Bundesinnenministerkonferenz setzt sich damit über ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hinweg.

Hamburg hat neben Nordrhein-Westfalen bundesweit die größte afghanische Gemeinde. 2000 Afghanen zwischen 18 und sechzig Jahren droht die Abschiebung. Über ihr Schicksal wurden sie in den letzten Monaten im Unklaren gelassen. Die Hansestadt Hamburg wollte auf der Innenministerkonferenz beantragen, den zum 31. Juli 2004 auslaufenden Abschiebestopp nicht zu verlängern. Rund 2.000 Afghanen sind ausreisepflichtig, da ihre Asylanträge abgelehnt wurden. Bei weiteren 3.000 laufen noch die Asylanträge, diese hätten aber wenig Aussicht auf Erfolg, erklärte die Behörde. In Hamburg leben außerdem 10.000 Afghanen, denen ein Bleiberecht zugebilligt wurde.
Die Hamburger Praxis, in den letzten Jahren nur Duldungen und keine Befugnisse zu erteilen, obwohl das Ausländerrecht diese Möglichkeit bietet, hat viele Menschen in die Abhängigkeit von Sozialhilfe getrieben. Mit einer Duldung dürfen sie nicht mehr als 2 Stunden pro Tag arbeiten. Damit lassen sich Familien kaum ernähren.
„Insbesondere bei Afghanen, Irakern, Tschetschenen sowie Minderheiten aus dem Kosovo ist es nötig, dass diese Personen ihren sicheren Aufenthaltsstatus behalten. In Afghanistan beispielsweise hat sich die Sicherheits- und Menschenrechtslage in den vergangenen Monaten deutlich verschlechtert" sagt Wolfgang Grenz, Flüchtlingsexperte von Amnesty International.

AI forderte von den Innenministern einen besseren Abschiebungsschutz für Flüchtlinge aus instabilen Staaten. Weiterhin verlangte die Organisation ein strikteres Vorgehen gegen exzessive Polizeigewalt in Deutschland.
Auf der Bundesinnenministerkonferenz konnte keine Einigung zum Thema „Abschiebung von Afghanen" erzielt werden. Wie diese Problematik weiter behandelt wird, hängt von Gesprächen zwischen Schily und dem aghanischen Präsidenten Hamid Karsei im August ab. Verständigen sich die Regierungen, können voraussichtlich im kommenden Frühjahr die Abschiebungen beginnen.

Unfassbar, aber selbst in Wilhelmshaven ist manchmal was los. Politische Werkstatt und Caramba laden ein zu einer fünftägigen Ausstellung, die sich unter Verwendung verschiedenster Mittel mit den Themen Medien und kapitalistische Globalisierung befasst.

Mo. -Do. gibt es jeweils um 20 Uhr Veranstaltungen zum Thema (Filme, Theaterperformance, Lesung), während ab 16 Uhr nebst anderen Ausstellungsgegenständen auch Installationen zu betrachten sind.
Den genauen terminlichen Ablauf und weiteren Input könnt ihr unter *www.funk.stoerung.de.vu* erfahren.

Olympische Besatzung

Lauschende Videokameras, kreisende Hubschrauber, überall Polizei und Militär – in den griechischen Olympia-Städten herrscht ein repressiver Ausnahmezustand.

Wenn man sich in diesen Tagen durch Athen bewegt, hat man den Eindruck, die Stadt werde belagert. 53 363 Soldaten, fast die Hälfte des gesamten griechischen Militärs, sind im Einsatz. Dazu 51 Marineschiffe, 182 Flugzeuge und Hubschrauber der Luftwaffe und 513 Militärkraftfahrzeuge. Dieses enorme Aufgebot wird von 70 000 Polizisten und zahlreichen privaten Sicherheitsdiensten begleitet. Alles zusammen sorgt seit Anfang August für unerträglich »sichere« Lebensbedingungen im Athener Großraum sowie in den restlichen fünf olympischen Städten.

Der Feind heißt offiziell Terrorismus. Natürlich existiert bei solchen Großereignissen eine tatsächliche Bedrohung, doch im Visier der Sicherheits- und Repressionsapparate steht auch die Gesellschaft an sich, nicht zuletzt aus Angst vor Protesten: Über 1 000 neu installierte Videokameras, davon 300 hochmoderne, die auch Gespräche in einer Entfernung von 100 Metern belauschen und aufnehmen, Bewegungsprofile speichern und einen Menschen sogar von hinten erkennen können, symbolisieren den raschen Fortschritt, mit dem sich die griechische Wirtschaft eine möglichst widerstandsfreie Umgebung verschaffen will. Niemand will den wiederholten Behauptungen des Sicherheitsministers Giorgos Vulgarakis Glauben schenken, die Kameras würden nach den Spielen lediglich zur Prävention von Verkehrsunfällen genutzt; bis auf die regierungskonformen Massenmedien sind sich alle darin einig: The control is here to stay.

Eine erste Datenbank von über 300 000 Personen wurde durch die Überprüfung aller Personaldaten der freiwilligen Olympia-Helfer geschaffen, die gegen alle Vernunft ihre Arbeitskraft gratis zur Verfügung stellen. Durch die Kameras und die unzähligen täglichen Kontrollen sollen diese Basisdaten binnen kurzer Zeit derart erweitert werden, dass bald fast jeder gespeichert sein dürfte, der sich auf der Straße bewegt.

Solch ein Großprojekt kann die griechische Regierung nicht alleine bewältigen. Die USA, Großbritannien und andere haben sich –

individuell oder auch als Teil der Nato – schon lange bereit erklärt, im Notfall jeden Beitrag zu leisten. Unter anderem kann eine in Deutschland stationierte Antiterroreinheit der Nato innerhalb von wenigen Stunden auf jede denkbare terroristischen Bedrohung reagieren, Ungarn stellt spezielle Kräfte gegen biologische Angriffe zur Verfügung, 200 FBI-Agenten sind mit der Überwachung des Hafens von Piräus beauftragt, wo acht US-Kreuzer ankern. Ein Kommando von rund 300 bestens ausgebildeten israelischen Spezialkräften steht für den Fall eines terroristischen Anschlags bereit.

Der Diskurs in den Medien beschränkt sich darauf, ob die nationale Hoheit dadurch verletzt wird, und man gibt sich mit der Versicherung des Ministers Vulgarakis zufrieden, Griechenland werde den Oberbefehl haben. Dass die dramatischen Sicherheitsvorkehrungen nicht nur Reaktion auf eine tatsächliche oder angebliche terroristische Bedrohung sind, sondern vor allem und in erster Linie bewusst in Kauf genommene Folge des Großereignisses Olympische Spiele, wird dabei nicht thematisiert.

Jetzt ist es also so weit. Am Freitag, den 13., findet die ausverkaufte Eröffnungsfeier statt. Nachdem der Kartenverkauf sehr schleppend angelaufen war, wurden in der letzten Woche etwa 40 000 Tickets pro Tag verkauft, so dass es wohl doch nicht zu Spielen vor leerer Kulisse kommen wird, wie zunächst befürchtet wurde. Unter den tausenden Zuschauern im Olympischen Stadion Athen, die für die Eröffnungsfeier bis 900 Euro auf dem Schwarzmarkt bezahlt haben – fast doppelt so viel wie das Grundgehalt in Griechenland –, werden unterschiedlichste Menschen anzutreffen sein. Und doch wird es anders sein als vor einem Monat, als man den Triumph der Fußball-Nationalmannschaft bei der EM in Portugal feierte, als griechische Fahnen tragende Albaner neben griechischen Nationalisten standen, als jeder in der Stadt seine Kleinwaren verkaufen konnte und Obdachlose die Illusion hatten, einmal nicht allein auf der Straße übernachten zu müssen.

Diesmal wird man vergeblich nach illegalisierten Migranten, Junkies, Obdachlosen und Kleinhändlern suchen.

Allein vom 1. bis zum 20. Juni sind nach Angaben des Sicherheitsministeriums fast 6 000 Personen aus diesen Randgruppen kontrolliert, und das bedeutet in der Regel, aus dem Stadtzentrum verjagt worden. Zwar scheiterte der Plan der Regierung, in der nahe gelegenen Stadt Aspropirgos eine ehemalige Kaserne umzubauen und übergangsweise als Gefängnis zu nutzen, am Protest der Bevölkerung; doch die angeblich nötigen Haft-Kapazitäten sollen nun durch die bereits existierenden Gefängnisse gedeckt werden. Die Säuberungsaktionen werden intensiv fortgesetzt; im Krieg des Staates gegen die Lumpenproletarier gibt es keinen olympischen Waffenstillstand. Dazu gehören auch beschleunigte Abschiebungen von Flüchtlingen. Nach Afrika und Asien wurden allein im Juli 400 Menschen abgeschoben, am 2. August weitere 90 nach Ägypten. Albaner werden täglich massenweise mit Bussen abtransportiert. Die Einheimischen sind während der Spiele zudem verpflichtet, sich an eine Reihe neuer Vorschriften zu halten: Ein Strafzettel von 156 Euro droht Autofahrern, die ohne die nötige Lizenz den so genannten olympischen Streifen – das heißt jeweils die linke Fahrbahn jeder Straße innerhalb des olympischen Straßennetzes – befahren. Außerdem wurden jede Menge Verbote eingeführt, deren Geltung nicht unbedingt mit der Olympiade enden wird; das betrifft das Demonstrationsrecht ebenso wie Ordnungswidrigkeiten wie das Wegwerfen von Zigarettenstummeln.

Betroffen vom olympischen Ausnahmezustand sind schließlich auch unsere vierbeinigen Freunde bzw. Feinde. Während 100 ausgebildete Polizeihunde voraussichtlich 10 000 Arbeitsstunden bei der Überprüfung von Räumen, Wagen und sonstigen Einrichtungen leisten sollen und sich dafür in klimatisierten Hundehäusern ausruhen dürfen, sind tausende wild lebende Stadthunde in den letzten Monaten in spezielle Tierheime gepfercht oder einfach vergiftet worden.

Zuweilen ergänzen sich Sicherheitswahn und Vierbeiner aufs Skurrilste. Einem Bericht der Tageszeitung Eleftherotypia zufolge wurde letzte Woche am Bahnhof der olympischen Hafenstadt Patras die Polizei alarmiert, weil ein amerikanischer Tourist gemeint hatte, das Wort »Bombe« in einem Gespräch zwischen Arabern gehört zu haben. Wie sich aber wenig später, nach Eintreffen der Antiterror-Experten, herausstellte, hatten die zwei Araber über einen bekannten streunenden Hund der Gegend gesprochen, der »Bob« heißt.

Der frühere Kulturminister, Evangelos Veniselos, hat seine Meinung zum Besten gegeben, wieso Gegner der Spiele nicht viel zu melden haben. Die Olympischen Spiele seien eine »Übung für das nationale Bewusstsein«, erklärte er, und beschrieb damit trefflich, wie der herrschende Konsens funktioniert. Wer gegen den Olympia-Wahn ist, stellt sich außerhalb der Nation. Gegen solche Konstrukte sind die Olympiagegner derzeit weitgehend machtlos. Da bleibt den Oppositionellen eigentlich keine andere Wahl, als mitsamt ihren Hunden an den Strand zu fahren und geduldig auf das Ende dieses Alptraums zu warten.

von harry ladis, athen

„Mit den Turnschuhen kommst Du hier aber nicht rein!"

Wer die olympischen Spiele in Athen besucht, muss das nötige Markenbewusstsein haben

Dass bei den olympischen Spielen 1996 in Atlanta, dem Heim von Coca-Cola, nicht Pepsi ausgeschenkt wurde, kann man verstehen. Dass 2004 in Athen bekennende Pepsi-Trinker aber sogar rausfliegen sollen, nicht.

Wer ins Münchner Olympiastadion will, muss am Eingang eine Taschenkontrolle über sich ergehen lassen: Flaschen, Gläser und Dosen sind nicht erlaubt. Das allerdings unabhängig vom Hersteller des Getränks – man will verhindern, dass diese im Stadion als Wurfgeschosse verwendet werden.

Bei den olympischen Spielen in Athen gibt es selbstverständlich auch Taschenkontrollen – allein schon der Terrorgefahr wegen. Doch die „strenge Tür" kann es auch mit manchen Münchner Diskotheken aufnehmen: mit den falschen Turnschuhen oder T-Shirts dürfen weder Athleten noch Besucher olympischen Boden betreten!

So wurden die Zutrittsregeln zu den Spielen [3] mittlerweile auch werbetechnisch verschärft. Die offiziellen Regeln:

5. Prohibitions and Restrictions

5.1 The following items may not be brought into venues: [...] flags of non-participating countries, flags of participating countries that are larger than approximately 2 x 1 meters, [...] flag poles, signs, umbrellas, commercial items with obvious logos of competitive companies to sponsors (hats, T-shirts, bags, etc.)

Wer Taschen, Kopfbedeckungen oder T-Shirts mit Werbung oder Logos von Wettbewerbern der Sponsorfirmen anhat, darf also nicht ins Gelände – es könnte so ja ein Pepsi-Logo vor eine olympische Fernsehkamera geraten. Auch Fahnen nicht an den Spielen teilnehmender Länder sind nicht erlaubt.

Doch wie die Sunday Times meldet, sind nun auch die konkurrierenden Produkte selbst verboten, ob Pepsi im – zulässigen, doch mit Logo bedruckten – Plastikbecher oder ein Getränk im Pappbecher von Burger-King statt des Sponsors Mc Donalds oder Turnschuhe von Nike statt des Sponsors Adidas: Sobald ein verbotenes Logo erkennbar ist, ist Schluss mit lustig.

Burger und anderes Essen sowie Getränke in Glasflaschen sind ohnehin nicht erlaubt, doch auch bei sicherheitstechnisch zulässigen Plastikflaschen ist darauf zu achten, dass die Produkte zum Coca-Cola-Konzern gehören, wie das griechische Mineralwasser Avra. Andernfalls ist das Label abzumachen. Coca-Cola hat 60 Millionen US-Dollar dafür gezahlt, kein Pepsi-Logo im Olympiagelände ertragen zu müssen.

Turnschuhe der falschen Marke sind auszuziehen oder von ihren typischen Erkennungszeichen zu befreien. Wer das falsche T-Shirt anhat, muss dieses zwar nicht ausziehen, doch den Aufdruck nach innen drehen. Auch T-Shirts mit einzelnen Buchstaben sind unerwünscht, da sich Gruppen so zusammensetzen könnten, dass sie einen lesbaren Ausdruck ergeben. Nur die Unterwäsche wird nicht auf Markenlogos überprüft und muss auch nicht umgekehrt getragen werden.

Sogar Amnesty International hat die Vorschriften kritisiert, die für das Personal und auch freiwillige Helfer noch unangenehmer sind als für die Besucher: Diese bekommen zwar Uniformen gestellt, doch keine Schuhe und wenn ihre eigenen Schuhe das falsche Logo tragen, dann wird Olympia auf ihre Mithilfe dankend verzichten.

Die Tickets können online nur mit Visa-Card gezahlt werden, dafür hat Visa 30 Millionen Euro gezahlt, und die US-Athleten müssen spätestens, wenn sie gewinnen, sofort komplett auf Adidias-Ausrüstung umsteigen: Auf dem Siegertreppchen müssen Hemd, Hose, Socken und Schuhe das Adidas-Logo tragen, so schreibt es der Sponsorvertrag von Adidas mit dem amerikanischen Olympiakomitee vor. Wer dann im falschen Hemd erscheint, bekommt die Medaille womöglich wegen „unsportlicher Schleichwerbung" wieder abgenommen.

Und wehe, ein Zuschauer zuhause am Fernseher hat die falschen Schuhe an, trinkt das falsche Getränk, benutzt ein Fernsehgerät der falschen Marke oder sieht gar in der Werbepause heimlich den falschen Sender. Doch das wird dem mode- und markenbewussten Olympiafan

Wolf-Dieter Roth 12.08.2004

★PGA KONFERENZ

Nachbericht 23. - 29. Juli

BELGRAD

Vom 23. bis 29. Juli fand die Konferenz des weltweiten antikapitalistischen Netzwerks PGA in Belgrad statt. Zur dritten Konferenz in Europa sind mehr als 500 Leute aus Ost- und Westeuropa gekommen.
Das globale Netzwerk wurde 1998 in Genf gegruendet, und wurde von den Ideen der Zapatistas in Chiapas, Mexiko und den Aufstand der zapatistischen Befreiungsarmee EZLN 1994 gegen das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) angeregt.

Viele TeilnehmerInnen trafen schon einige Tage vor der Konferenz ein, um diese vorzubereiten. So wurde auch der erste Tag zusammen mit dem Aufbau letzter Infrastruktur verbracht, unter anderem in der Absicht das erst zu diesem Zeitpunkt angereiste Aktive noch halbwegs in Ruhe ankommen können.

Soziale Kämpfe

Die AusrichterInnen von DSM (serbische Abkürzung für „eine andere Welt ist möglich") hat allgemein dafuer gesorgt, dass moeglichst viele lokale Kaempfe mit aufgegriffen wurden. Somit fand auch ein erstes Vernetzungstreffen einiger bestezter Fabriken (also deren Belegschaften) aus der Region statt.

Gender Day

Es wäre allerdings nicht zutreffend, aufgrundsolcher Ansätze die Stimmung vor Ort als rosig zu bezeichnen. Dies zeigt sich vor allem in einem sehr nationalistisch und homophob geprägten Weltbild.
So wurden die 50 Gay Pride Aktivisten, die die erste Parade in Belgrad organisiert haben im Jahre 2001 von etwa 1000 Nazis und Spiessbuergern angegriffen und es kam zu erschuetternden Uebergriffen.
Im Rahmen des Genderday wurde unter anderem eine Videodokumentation dieser Attacken gezeigt. Ausserdem gab es noch einige konkrete Berichte aus der feministischen antipatriachalen Praxis sowie Workshops und Diskussionen mit ca. 60 TeilnehmerInnen.

G8 Gipfel

Zu weiteren Aktionen wird anlaesslich des G8 Gipfels 2005 in Grossbritanien aufgerufen.
Unter *www.dissent.org.uk* finden sich weitere informationen dazu. Waehrend sich dort lokale Gruppen organisieren, um die Proteste auf eine lokale Basis mit einem basisdemokratischen Ansatz zu stellen, beginnen die ersten deutschen TeilnehmerInnen schon den Blick auf 2007 zu richten. Dann wird der naechste G8 Gipfel in Deutschland stattfinden.
Ob sich PGA bis dahin noch an dem Gipfelhopping beteiligen wird ist allerdings auch Thema der Diskussion. Es wird von vielen Seiten kritisiert, dass die Gipfelproteste sehr kalkulierbar geworden sind und sich nach dem Terminkalender der 8 grossen richten, als Alternative wurden z.B. „global squating days" angeregt.

Und sonst...

Außerdem fanden verschiedene andere Workshops zum Themen wie NoBorder Network, EasternEuropeNewsletter, Squats in Griechenland, Täglicher Conference-Newsletter, Samba-Workshop,
Es gab relativ wenig Streß mit der Örtlichen Bevölkerung. Viele Jugendliche aus dem Dorf sind Abends immer an der Schule und feiern mit.
Auch die Polizei blieb wohl zurückhaltend und fuhr nur ab und zu mal Streife am Gelände vorbei.
Insgesamt gab es vier Veranstaltungsorte. Zum einen das große Schulgebäude und das Gelände drumherum. Hier fanden die meißten Workshopsund Meetings statt. Außerdem gab es einige Schlafplätze welche allerdings schon zu Anfang überfüllt waren. Dann ist dort noch ein Fußballplatz wo gecamt wurde und eine kleine Schule wo es einen großen Parkplatz für LKWs gibt. Viele Workshops und Treffen wurden auch im naheliegenden Memorial-Park abgehalten.
Schon gleich am Freitag wurde auch eine Internetverbindung für das angestoßene Indymedia-Center aufgebaut. Zu finden unter:

http://belgrade.indymedia.org/

Auf Kosten der Frauen

Die Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch ist in den meisten Ländern Lateinamerikas und der Karibik sehr restriktiv: In Brasilien, Panama und Bolivien existiert die Rechtsfigur eines straffreien Schwangerschaftsabbruchs, um das Leben der Frau zu retten. In einigen anderen Ländern ist er erlaubt, wenn die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung ist. In El Salvador, Kolumbien, Chile und Honduras ist der Schwangerschaftsabbruch unter allen Umständen verboten - nur in Cuba sind Abbrüche erlaubt und werden kostenlos durchgeführt. In Honduras ist eine Abtreibung im Strafgesetzbuch als Tod eines Menschen definiert. Die Verbote führen aber keineswegs dazu, dass weniger oder gar keine Schwangerschaftsabbrüche stattfinden - vielmehr ist Lateinamerika eine der Regionen mit den höchsten Abbruchraten der Welt: Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO werden jährlich vier Millionen Schwangerschaften in Lateinamerika abgebrochen. Frauen, die ungewollt schwanger sind, brechen diese Schwangerschaften unter äußerst prekären Bedingungen ab, die in nicht wenigen Fällen dauerhafte Folgen für ihre Gesundheit bedeuten.

Abtreibungsverbote zwingen Millionen Lateinamerikanerinnen in die Illegalität

VON INA HILSE

Das Verbot des Schwanger
schaftsabbruchs in Honduras wird offiziell damit begründet, ein so genanntes „ungeborenes Leben" schützen zu wollen. In Wirklichkeit wird durch ein Verbot lediglich erreicht, dass Frauen, die Schwangerschaften abbrechen, stigmatisiert werden und dies heimlich und damit unter unsicheren Bedingungen durchführen müssen - die Entstehung ungewollter Schwangerschaften und das Bedürfnis, diese zu beenden, ist davon unberührt. Frauen, die ungewollt schwanger sind, werden jederzeit Mittel und Wege einer Abtreibung finden, auch wenn sie dabei ihr Leben aufs Spiel setzen müssen. Der unsichere Schwangerschaftsabbruch, der von un- oder wenig geschultem Personal und/oder mit unsauberen Instrumenten durchgeführt wird, ist eine der bedeutendsten Ursachen für Müttersterblichkeit in der Region.
Dies bestätigt auch die WHO: „Eine restriktive Gesetzgebung steht in engem Zusammenhang mit einer hohen Rate unsicherer Schwangerschaftsabbrüche. Dennoch besteht ein noch engerer Zusammenhang mit einer hohen Müttersterblichkeit als mit der Anzahl der Abbrüche." Mit einem straffreien Schwangerschaftsabbruch könnte diese hohe Müttersterblichkeit verringert werden.
Die Argumentation, dass eine Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs dazu führt, dass die Quoten stark in die Höhe gehen, lässt sich nicht beweisen. In Ländern, in denen der Schwangerschaftsabbruch verboten ist und daher heimlich durchgeführt wird, gibt es keine vollständigen offiziellen Statistiken - es werden lediglich die Fälle registriert, die zu Komplikationen führen und einen Krankenhausaufenthalt oder mindestens die Konsultation einer ÄrztIn notwendig machen. In Honduras werden auch diese Fälle nicht von Fehlgeburten differenziert erfasst. Das reale Ausmaß abgebrochener Schwangerschaften ist somit nur schätzbar. Wenn der Abbruch durch eine Gesetzesänderung straffrei wird, werden auch zum ersten Mal offizielle Daten erhoben, die somit höher sind als vorher, ohne dass die Zahl wirklich durchgeführter Schwangerschaftsabbrüche gestiegen wäre. Wenn mit der Straffreiheit Kampagnen über Aufklärung, Gesundheit und Sexualität durchgeführt werden, sinkt die Zahl in den meisten Fällen. Und selbst wenn die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche hoch bleibt, wird definitiv die Quote der Toten durch verpfuschte Schwangerschaftsabbrüche verringert. Frauen, die Schwangerschaften abbrechen, sind in Lateinamerika in der Regel zwanzig Jahre oder älter, verheiratet und bereits Mütter. Wenn diese Frauen durch einen unsicheren Schwangerschaftsabbruch sterben, bleiben ihre weiteren Kinder ohne Mütter und häufig auch ohne Ernährerin. Darüber hinaus hat eine restriktive Gesetzgebung den Charakter sozialer Ungleichheit, weil Frauen mit Geld auch in diesen Ländern einen sicheren Schwangerschaftsabbruch kaufen können oder in ein Land reisen, in dem er erlaubt ist. Ein heimlicher Abbruch muss zwar nicht unbedingt unsicher sein, aber der Preis wird wegen der Illegalität in die Höhe getrieben und die Frauen sind häufig Misshandlungen ausgesetzt, weil sie sie nicht anzeigen können. Es sind die armen Frauen, die die Folgen einer restriktiven Gesetzgebung ausbaden: Sie haben keine

andere Wahl, als in der Regel schlecht ausgebildete Personen unter nicht sterilen Bedingungen und ohne psychologische Betreuung aufzusuchen oder selbst Hand anzulegen: Die häufigsten Methoden sind die Einführung spitzer Objekte in die Gebärmutter oder die Einnahme von starken Medikamenten wie solchen zur Krebsbehandlung oder Pestizide. Wie eine Freundin von mir kommentierte: „Ich nahm die Tabletten, die mir eine Krankenschwester gab. Ich bin fast gestorben. Ich hatte unglaubliche Schmerzen, aber die Schwangerschaft ging nicht ab."
Die restriktive Gesetzgebung bestraft lediglich Frauen für einen illegalen Schwangerschaftsabbruch (und den/die behandelnde ÄrztIn), während der an der Entstehung der ungewollten Schwangerschaft beteiligte Mann nie behelligt wird, obwohl er ebenso verantwortlich ist. Frauen werden kriminalisiert, was ihre Lage zusätzlich erschwert, indem Schuldgefühle noch verstärkt werden - in Gesellschaften, in denen ein Schwangerschaftsabbruch weitgehend akzeptiert ist, haben Frauen meist weniger starke Schuldgefühle. Dennoch gibt es Länder, in denen der Schwangerschaftsabbruch verboten und trotzdem unter sicheren Bedingungen und flächendeckend zugänglich ist, während er in anderen erlaubt ist und Frauen nichtsdestotrotz gezwungen sind, heimlich abzubrechen - weil sie nicht wissen, dass der Schwangerschaftsabbruch straffrei ist, oder weil sie von den Anbieterinnen so respektlos und diskriminierend behandelt werden, dass sie andere Wege suchen. Dies zeigt, dass auch in Ländern mit straffreiem Schwangerschaftsabbruch neben Mangel an Information und Zugänglichkeit soziale Regeln bestehen, die verhindern, dass Frauen über ihr Leben und ihren Körper entscheiden können. Das Machtgefälle zwischen Männern und Frauen impliziert häufig, dass Frauen keine oder nur geringe Kontrolle über ihren Körper, ihre Sexualität und die Möglichkeit, sich vor einer ungewollten Schwangerschaft zu schützen, haben.

Obwohl häufig angeführt wird, dass ungewollte Schwangerschaften durch mangelnde Aufklärung und Zugang zu Verhütungsmitteln entstehen, liegen die Gründe tiefer. In Honduras geben z.B. 99,9 Prozent der Frauen im reproduktionsfähigen Alter an, mindestens ein Verhütungsmittel zu kennen, und immerhin über 80 Prozent haben schon mal eines benutzt. In vielen Regionen ist die Benutzung von Verhütungsmitteln vor allem gesellschaftlich nicht akzeptiert. So begründen beispielsweise viele Frauen den Verzicht auf Verhütungsmittel damit, dass ihr Partner damit nicht einverstanden sei. Die Benutzung von Kondomen wird als „unmännlich" empfunden. Selbst wenn der Mann einverstanden ist, ist es Sache der Frauen, sich um die Verhütung zu kümmern. In Honduras ist die Sterilisierung von Frauen mit großem Abstand die verbreitetste Maßnahme (18 Prozent), gefolgt von Pille (10,4), Spirale (9,6) sowie dauerhaften hormonellen Einlagerungen (9,6). Kondome folgen abgeschlagen mit 3,2 Prozent. Unverheiratete Frauen können schwerlich in der Dorfapotheke nach Verhütungsmitteln fragen, weil die gesellschaftliche Norm davon ausgeht, dass vor der Ehe kein Sex stattzufinden hat. Oder die Apotheke verkauft gar keine Verhütungsmittel, weil sie „christlich" sei. Es liegt also nicht am Wissen oder am Zugang, sondern an sozialen Normen, dass ungewollte Schwangerschaften nicht verhindert werden.
Eine der sozialen Rollen, die hinter einer restriktiven Gesetzgebung zum Schwangerschafsabbruch steht, ist, dass die primäre Daseinsberechtigung von Frauen darin besteht, Kinder zu gebären. Dies wird verstärkt durch das Vorurteil, Frauen seien nicht in der Lage, verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen, und brächen Schwangerschaften aus Egoismus oder Leichtfertigkeit ab. Eine Frau wird als Behältnis gesehen, das „neues Leben" enthalten kann, verbunden mit dem Stereotyp von „Weiblichkeit", das aus einer Vereinigung der Eigenschaften Altruismus, Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft besteht. Frauenorganisationen in Honduras setzen sich dafür ein, dass dieses schwierige Thema in die öffentliche Debatte einfließt. Dies ist jedoch in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem das Thema tabuisiert ist und konservative Strömungen der Kirchen sehr stark sind, nicht einfach. Die Machtposition vor allem der katholischen Kirche lässt sich an der kürzlichen Diskussion über die „Pille danach" gut illustrieren. Im Januar und Februar 2004 gab es in Honduras eine Diskussion über die „Pille danach". Im Land sind speziell darauf ausgerichtete Medikamente nicht erhältlich, sondern es werden die normalen Antibabypillen in erhöhter Dosis eingenommen. Die Kirchen sowie die Medien verbreiteten fälschlicherweise, die „Pille danach" sei abortiv und eine Legalisierung in Honduras würde der Ermöglichung von Schwangerschaftsabbrüchen und damit einer Straftat gleichkommen. Verschiedene Frauengruppen versuchten dem etwas entgegenzusetzen und darüber aufzuklären, dass diese Pillen nicht abortiv wirken. Der Kommentar des Klerus lautete: „Die Katholische Kirche ist verpflichtet, Bewusstsein zu schaffen und darauf hinzuweisen, dass diese Pille abortiv wirkt. Der Schwangerschaftsabbruch ist ein abscheuliches Verbrechen und ein Vergehen gegen das fünfte Gebot: Du sollst nicht töten." Der Gesundheitsminister traute sich zwar, darauf hinzuweisen, dass der Staat für alle Honduranerinnen zuständig ist und nicht alle den gleichen religiösen Überzeugungen anhängen, aber kassierte dafür auch sogleich Exkommunizierungsdrohungen.
Das Zentrum für Frauenrechte (CDM) veröffentlichte im April eine Meinungsumfrage unter Gynäkologinnen in Honduras, bei der herauskam, dass ca. 80 Prozent von ihnen sowohl medizinische Indikationen sehen, die einen Schwangerschaftsabbruch rechtfertigen, als auch eine Straffreiheit unter bestimmten Umständen befürworten. Der Pressesprecher der Kirche unterstellte CDM daraufhin, die Zahlen nach ihren Interessen geschönt zu haben, und drohte allen ÄrztInnen, die dazu beitragen, - wenig überraschend - mit Exkommunizierung. Die Debatte wird dennoch von engagierten Personen und Gruppen weiter eingefordert werden.

gefunden in der ila nr.277 Juli/Aug.2004

TEILEN UND VERTREIBEN

Blut für Öl im Sudan. Unter der Menschenrechtsfahne wird ein Stimmungsteppich für westliches Eingreifen ausgebreitet

Thomas Immanuel Steinberg

Angenommen, auf Zypern würde Öl gefunden: ein riesiges Feld, nahe der Demarkationslinie. Und die orthodoxen Griechen würden die muslimischen Türken verjagen, oder umgekehrt, um das Öl für sich zu haben. Wäre das ein religiöser Konflikt? Oder ein ethnischer? Es wäre einer um Öl und Land. Im südlichen Sudan fand Chevron ab 1978 Öl bei Bentiu, Malakal und Al Muglat, dort, wo man Nuer, Dinka oder noch anders spricht, nur nicht arabisch. Viele Nuer und Dinka glauben an Geister, einige an den Heiligen Geist der Christen. Vom Norden aus herrschten und herrschen arabisierte Sudanesen über den ganzen Sudan. Sie glauben an Allah und seinen Propheten. Nord- und Südsudaner waren so verfeindet wie Türken und Griechen. Krieg zwischen Nord und Süd Wo Öl gefunden wurde, vertrieben die Nordsudaner die Südsudaner. Zwei Millionen Südsudaner sollen bislang ermordet, vier Millionen vertrieben worden sein. Nach einundzwanzig Jahren Krieg zwischen Nord und Süd ist seit Mai 2004 vereinbart: Die Scharia gilt im Norden, aber weiterhin nicht im Süden; 2010 soll ein Referendum über die Sezession des Südens entscheiden; die Öleinnahmen fließen je zur Hälfte an den Süden und den Norden. Die sprachlich und religiös verschiedenen Kriegsparteien bleiben verschieden; der Konflikt, scheinbar jetzt zu Ende, ging um Öl und Land. Seit 18 Monaten werden wieder Leute vertrieben. Woanders. Zehn- bis dreißigtausend Fur, Zaghawas und Masalit des Darfur im Südwesten des Sudan sollen von der Regierung und ihren Milizen ermordet worden sein. Hunderttausende flüchteten, unter anderem in den benachbarten Tschad. Es sind Muslime, wie ihre Verfolger. Öl gebe es nicht im Darfur, heißt es. Also ein ethnischer Konflikt? Der Bayrische Rundfunk ist sich sicher; er erklärt den Kindern: »Ethnische Säuberungen – so nennt man das, was jetzt in der Provinz Darfur passiert. Darfur liegt im Westen des Sudan, dort gibt es kein Öl und die Menschen sind Muslime, genau wie die Soldaten, die sie verfolgen. Dort geht es also nur darum, daß die einen einer anderen Ethnie, das heißt, einem anderen Stamm oder einer anderen Volksgruppe angehören als die anderen. Die, die die Macht haben, wollen, daß nur noch ihre Leute in dieser Gegend leben.« Der einundzwanzigjährige Krieg zwischen Nord und Süd, so glaubte man lange, hatte seine Wurzeln in ethnischer Zwietracht. Ebenso wird der Krieg in Darfur erklärt. Immer wieder wurden die religiösen Gegensätze hervorgehoben. Doch Geographie und Ökonomie des Sudan weisen in eine andere Richtung. Der Sudan, siebenmal größer als Deutschland, hat nur halb so viele Einwohner: 39 Millionen. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf und Jahr beträgt 424 Dollar. Die Sudanesen leben am Nil, in Port Sudan am Roten Meer und verteilt im Süden. Der Nordwesten gehört zur Sahara. Am Zusammenfluß von Weißem und Blauem Nil in der Hauptstadt Khartum leben fast drei Millionen Einwohner. Dort konzentriert sich auch die arabisierte Elite. Sie stellt die Regierung und die Offiziere in der Armee. Die Soldaten stammen aus dem armen Westen und Süden. Als 1978 im mittleren Süden das erste Öl floß, die Zentralregierung eine Pipeline in den Norden und eine Raffinerie bei Khartum plante, fürchteten die südlichen Führer um Land, Einkommen und Gewinne. Die Ölkonzerne 1974 erwarb Chevron von der Zentralregierung Bohrlizenzen in Block 1 (siehe Karte), bald darauf in Block 2 und später in Block 5A. Die Firma Total (später TotalFinaElf, belgisch-französisch) kaufte Lizenzen für Block 5, der größer ist als Block 1, 2, 4, 5A und 5B zusammen. Beide Konzerne zogen sich nach Rebellenangriffen um 1984 zurück, Total behielt aber seine Rechte bis heute, ohne sie zu nutzen. Chevron wurde 1989 von der Regierung gezwungen, seine Rechte zu verkaufen. Block 1, 2 und 4 gingen bis 1998 an die kanadische Firma Talisman und an die jeweils staatlichen Firmen China National Petroleum Company (CNPC), Petronas (Malaysia) und die sudanesische Sudapet. Kanadisches Talisman-Kapital und -Technologie erlaubten den Bau einer 1540 Kilometer langen Pipeline nach Port Sudan ans Rote Meer und eines Tanker-Terminals. Mit der sukzessiven Erschließung der Blöcke stieg die sudanesische Ölproduktion auf 240000 Barrel im Jahr 2002, 271000 im Jahr 2003 und 345000 in diesem Jahr. 2005 sollen 500000 Barrel erreicht werden. Nachgewiesen sind 563 Millionen Barrel Reserven, die geschätzten liegen weit höher. Der Sudan gilt als Ölland mittlerer Größe, vergleichbar mit Brunei und Kolumbien. Daneben gibt es reichlich Erdgas, das bisher ungenutzt bleibt. Unter dem Druck internationaler und besonders kanadischer Menschenrechtsorganisationen verkaufte Talisman schließlich im Herbst 2002 seine Rechte im Sudan an die indische Firma Videsh – mit einem Gewinn von 30 Prozent. Block 5A, seit dem Chevron-Verkauf den südsudanesischen Rebellen an die Hand gegeben, blieb bis 1997 ungenutzt. 1997 vergab die Zentralregierung dennoch Rechte auf Block 5A an einen ausländischen Konzern, an die schwedische Lundin Oil AB. Am Konsortium für Block 5A beteiligte sich die österreichische OMV AG. In Block 5B erhielten Lundin und OMV ebenfalls Bohrrechte. 2003 verkauften Lundin und OMV ihre Rechte an die bereits in Block 1, 2, und 4 engagierte malaysische Petronas und die indische Videsh. Block 6 wurde insgesamt an die staatliche chinesische CNCP vergeben. Jetzt sind alle Öl-Claims in chinesischer, malaysischer, indischer und (zum kleinen Teil) sudanesischer Hand, außer dem ungenutzten Block 5 von

TotalFinaElf. Seit dem Jahre 2000 ist eine Raffinerie bei Karthum in Betrieb. Bisher arbeitet sie überwiegend für den inländischen Bedarf. Im Juni 2004 hat die indische Regierung den Plan gebilligt, eine 700 Kilometer lange Pipeline von der dann erweiterten Raffinerie nach Port Sudan zu bauen, um Ölendprodukte zu transportieren. Sicherheitszonen um Fördergebiete Zur Politik: Über die Jahrzehnte festigte die sudanesische Elite ihre Herrschaft mit einer Strategie, die Human Rights Watch »Teilen und Vertreiben« nennt. Landlose Nachbarn wurden bewaffnet und ermutigt, Weidebauern auf den Ölfeldern anzugreifen. Vornehmlich Milizen der berittenen Baggara, arabischsprachige Nomaden, vertrieben die Nuer und Dinka weit hinter die von den britischen Kolonialherren einst gezogene Nord-Süd-Grenze nach Süden und Osten. So konnte die Armee bis 1983 um die Förderanlagen in den Blöcken 1, 2, 4 und 5A Sicherheitszonen errichten. Die Baggara mordeten, vergewaltigten und plünderten. Das Vieh der Vertriebenen verkauften sie nach Saudi-Arabien. 1983 bildete sich aus einer Meuterei von Südsudanesen innerhalb der Armee die SPLM/A, die heute von John Garang und Riek Machar angeführt wird. Sie eroberte bis 1986 beträchtliche Gebiete. Der Zentralregierung gelang es jedoch, Paulino Matiep und andere Rebellenführer auf ihre Seite zu ziehen. So konnten die Ölarbeiten voranschreiten. 1991 spaltete sich die SPLM/A. Die meisten Dinka folgten Dr. John Garang, die meisten Nuer Dr. Riek Machar, den die Regierung verdeckt unterstützte. Gleichzeitig finanzierte die Regierung Gegner von Machar, darunter eine Gruppe mit dem Namen »Wächter der Öl-Brigade«. 1997 drang die Nuer-Miliz von Paulino Matiep in das Gebiet des Nuers Riek Machar vor. Die Regierung sprach von »Stammesfehden«, stoppte sie aber nicht, sondern belieferte die ihr jeweils genehmere Seite mit Waffen. 1999 war die Pipeline ans Rote Meer fertig. Es galt, Block 5A zu entwickeln, der den Südsudanesen zugesprochen, aber an die schwedische Firma Lundin vergeben worden war. Die Regierung konnte dort keine Baggara-Reiter einsetzen, weil das Gebiet von zahlreichen Flußarmen durchzogen ist. Riek Machar trat mit der Zentralregierung in Verhandlungen über Öl- und Landrechte, erfolglos. Paulino Matiep, von der Regierung bewaffnet, vertrieb Riek Machar und zahllose Nuer nach Westen ins Dinka-Gebiet und nach Süden und Osten. Im Mai 1999 griff die Zentralarmee verbliebene Dinka-Dörfer in Block 1 mit Antonow-Bombern und Kampfhubschraubern an, dann mit gepanzerten Fahrzeugen. Die Überlebenden flohen. Im September 1999 meuterten Paulino-Matiep-Anhänger unter Peter Gatdet und schlossen sich mit andern Nuern gegen die Zentralregierung, aber auch gegen den abtrünnigen Riek Machar zusammen. Die Zentralregierung warb daraufhin islamistisch orientierte Nordsudaner an. Riek Machar seinerseits wechselte erneut die Seite; das wiedererstandene Südbündnis wollte den Straßenbau für die Blöcke 5A und 4 behindern. Mit den ersten Öleinnahmen hatte die Regierung weitere Kampfhubschrauber erworben. Sie setzte die Hubschrauber zusammen mit Artillerie und Bombern im April 2000 in Block 4 und 5A ein. Baggara-Reiter verwüsteten, was übrig blieb. Im Juli und August 2000 überzogen Riek Machar, von der Regierung bewaffnet, und andere Nuer einander mit Rachefeldzügen. Tausende Zivilisten flohen. Verantwortung der Konzerne 2002, die schwedische Firma Lundin hatte sich aus dem Ölgeschäft in Block 5A zurückgezogen, Machar und Garang sich wieder geeinigt, setzte die Zentralregierung die Vertreibungen fort. Der Sonderberichterstatter der UNO für den Sudan, der FDP-Politiker Gerhart Baum, stellte fest: »Die Ölförderung ist eng verknüpft mit dem Konflikt ... Es handelt sich um einen Krieg um Ressourcen, also um Macht ... Öl hat den Krieg ernsthaft verschlimmert und die Menschenrechtslage verschlechtert ... Ölförderung verursacht weiterhin großflächige Vertreibungen.« Die Öleinnahmen, 1998 gleich null, machten 2001 bereits 42 Prozent der Staatseinnahmen aus. Im Jahre 2000 kündigte der Präsident den Aufbau einer eigenen Waffenindustrie an. 60 Prozent der Öleinnahmen wurden 2001 für Rüstung aufgewendet. Rußland lieferte 2001 zweiundzwanzig gepanzerte Kampffahrzeuge und 2002 zwölf Kampfhubschrauber. Belarus verkaufte vierzehn großkalibrige russische Artilleriesysteme an die Zentralregierung. Die Waffen schützen das Öl, das Öl finanziert die Waffen. Je mehr Öl, desto mehr Waffen; je mehr Waffen, desto mehr Öl. Human Rights Watch meint: Talisman (Kanada), Ludin (Schweden), CNPC (China), Petronas (Malaysia) und OMV (Österreich) haben von den andauernden Menschenrechtsverletzungen der sudanesischen Regierung profitiert. Vier Jahre lang, vom Geschäftseinstieg 1998 bis zum Ausstieg 2002, leugnete Talisman die Verletzungen, führte Journalisten in die Irre, ignorierte die von kanadischen NGOs vorgelegten Beweise, schob »Stammesfehden« vor, bezeichnete Berichte des damaligen UN-Sonderberichterstatters Dr. Leonardo Franco als »Hörensagen« und verweigerte den Rückzug unter Verweis auf die eigene Entwicklungshilfe für den Sudan – die Ausgaben dafür im Jahre 2000 betrugen 0,12 Prozent des Talisman-Gewinns nach Steuern. Die vom Khartum-Regime zugelassene Opposition beschuldigte den kanadischen Konzern, Agenten in den USA und Europa dafür zu bezahlen, daß sie »die irre Propaganda verbreiten, Südsudanesen seien unfähig, den wirtschaftlichen Segen der Ölförderung zu schätzen«. Für Einsätze gegen die südsudanesische Zivilbevölkerung stellte Talisman sein Straßensystem und seinen Flugplatz zur Verfügung. Die chinesische und die malayische Staatsfirma waren Human Rights Watch zufolge Komplizen, Lundin trat in Talismans Fußstapfen, OMV aus Österreich rührte keinen Finger. Die

Aktivitäten aller Ölfirmen im Sudan, so urteilt Human Rights Watch, »sind unlösbar verflochten mit den Regierungsverstößen; die Verstöße wiegen schwer; die Firmen nähren und erleichtern mit ihrer Präsenz die Verstöße oder profitieren davon«. Die Menschenrechtsorganisation empfahl deshalb fortlaufend, zuletzt im September 2003, alle ausländischen Ölfirmen sollten sofort ihre Tätigkeit im Sudan einstellen, bis rechtliche Mindeststandards erfüllt sind. Doch die Firmen sind immer noch alle da. Die neue Vereinbarung zwischen Zentralregierung, John Garang und dem Freund-Feind Riek Machar könnte die Morde, Vergewaltigungen und Vertreibungen im Südsudan beenden. Schließlich hat man sich jetzt auf die Teilung der Öleinnahmen geeinigt. Das Öl allerdings fließt nur nach Norden. Die Zentralregierung hat die Hand am Hahn. Deutschland kommt ins Spiel Geht es nach der Firma Thormählen Schweißtechnik in Bad Oldesloe, so soll sich das ändern. Die Firma aus dem Hamburger Umland will für eine Milliarde Euro eine Eisenbahn bauen, vom Ölgebiet im mittleren Süden über die südöstliche Grenze bis zum kenianischen Hafen Mombasa. Die Eisenbahn, 2500 Kilometer lang, soll Öl und andere Bodenschätze nach Kenia transportieren, einen Abzweig nach Uganda machen und den Indischen Ozean erreichen. Später soll eine Pipeline hinzukommen. Die Gesamtkosten für den neuen afrikanischen Transportkorridor werden auf drei Milliarden Euro geschätzt. Die USA und Großbritannien hätten großes Interesse am Bau, sagt Firmenchef Klaus Thormählen. Verständlich, denn dann könnte sich der Süden mit samt seinen Ölfeldern abspalten und die asiatischen Ölfirmen verlören ihr Monopol auf das sudanesische Öl. Agent des Deals auf sudanesischer Seite ist ausgerechnet der Nuer Dr. Riek Machar, derselbe, der einmal regierungsfeindliche Nuer unterstützt, ein andermal Nuer vertreiben hilft. Er informierte sich kurz nach Friedensschluß in Bad Oldesloe über Thormählens mobiles Abbrennstumpfschweißverfahren, eine Technologie, mit der die Eisenbahn schnell und billig gebaut werden kann. Zeitgleich verlangten Joseph Fischer und andere kriegserfahrene deutsche Politiker von der sudanesischen Regierung die Einstellung der Kampfhandlungen. Sollten die von Fischer unterstützten Forderungen unerfüllt bleiben, könne die Diskussion »sehr viel ernster« werden. Unter der Menschenrechtsfahne wird, wie bei Jugoslawien und Afghanistan, ein Stimmungsteppich für westliches Eingreifen ausgebreitet – nützlich für den Fall, daß die Transporttrasse nach Kenia nicht ungestört gebaut werden kann. Nützlich auch, falls im Darfur wieder einmal nicht »Stammesfehden« ausgetragen werden, sondern ein geopolitischer Konflikt. Darauf gibt es zwei Hinweise: einen starken und einen schwachen. Öl auch im Darfur? Block 6, siehe Karte, ist an die Chinesen vergeben. Er reicht von Westkordofan in Teilblöcken über Süddarfur fast bis an die Grenze zu Westdarfur und zum Dreiländereck zwischen Sudan, der Zentralafrikanischen Republik und den Tschad. Dort aber vertreiben die Regierungstruppen zur Zeit die Bewohner. Informationen über Ölvorkommen im Kerngebiet der Krise gibt es nicht, wohl aber an dessen östlichem Rand. Das könnte ein guter Grund für westliche Stimmungsmache sein. Ein schwacher Hinweis auf geopolitische Interessen ist der beschlossene Bau einer Ölpipeline vom südwestlichen Tschad bei Doba durch ganz Kamerun an die Atlantikküste. Die Westmächte könnten erwägen, sudanesisches Öl weder ans Rote Meer noch an den Indischen Ozean zu leiten, sondern nach Doba im Tschad. Auch französischen Interessen wäre damit gedient. TotalFinaElf, jetzt wieder in Total umbenannt, könnte mit der Erschließung des bisher brachliegenden riesigen Blocks 5 beginnen und sudanesisches Öl über die Zone unter französischem Einfluß leiten. Doba liegt näher an den sudanesischen Ölfeldern als Mombasa. Der scheinbare Umweg – mit

Anschluß an eine ohnehin vorhandene Pipeline – hätte Vorbilder: 2005 soll die Baku-Tbilissi-Ceyhan-Leitung fertig sein. Sie umgeht, von Aserbaidschan aus, in großem Bogen das mit Rußland verbündete Armenien und mündet an der türkischen Mittelmeerküste bei Ceyhan in den Ölhafen Yumurtalik. Vielleicht wollen sich die Westfirmen eine vergleichbare Option im Sudan offen halten. Human Rights Watch hat in seinem Sudanbericht nicht nur Empfehlungen an die Ölfirmen ausgesprochen. Die Organisation rät der EU, insbesondere Schweden, Österreich, Frankreich, England und Deutschland, einen Entschädigungsfonds für die Vertriebenen zu bilden; Druck auf die sudanesische Regierung, jedes Bombardement und jeden Beschuß zu unterlassen; Entsendung von Beobachtern in die Ölkonzessionsgebiete; Verhinderung von Waffenlieferungen in den Sudan; Vorschriften gegen Konzerne, damit sie nicht »direkt oder indirekt Komplizen von Menschenrechtsverstößen in Ländern werden, in denen sie Geschäfte treiben.« Und ginge es nach der Menschenrechtsorganisation, müßte Thormählen Schweißtechnik nächstes Jahr einen detaillierten Bericht vorlegen über die Einhaltung aller internationalen Handelsvorschriften und Menschenrechtsbestimmungen zu internationaler Geschäftstätigkeit.

junge Welt vom 16.08.2004

Naziaktivitäten im Raum Verden/Achim stoppen!

25.09. Antifa-Konzert
02.10. Antifademo

Achtet auf weitere Ankündigungen!!!

05.08.2004
Robert Kurz

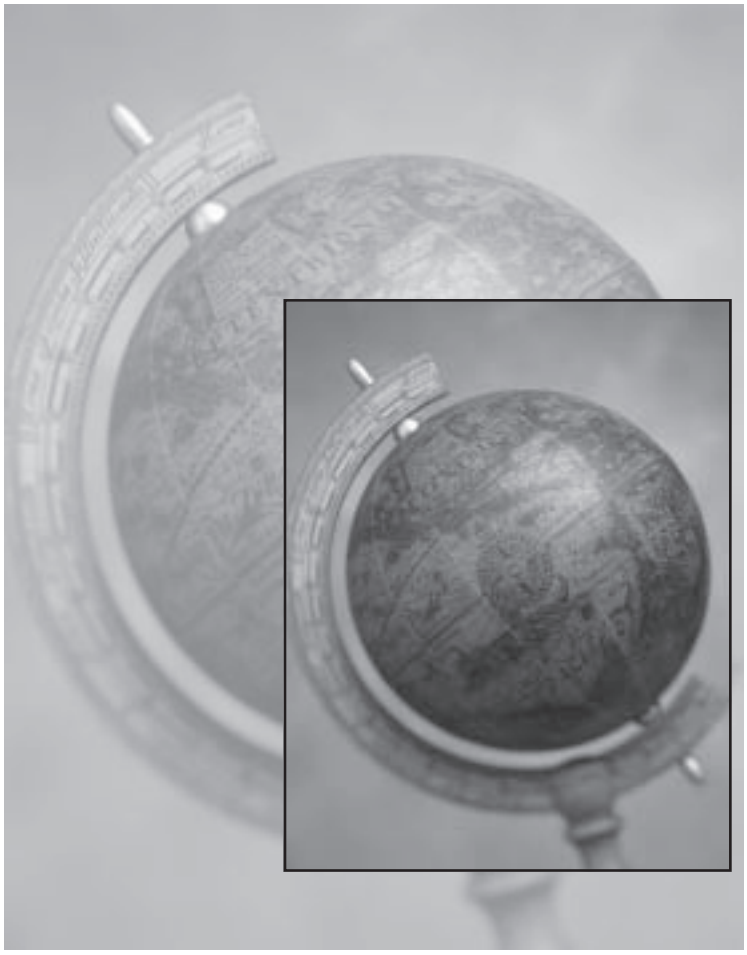
Nur Teilhabe am Markt?
Enteignung und Aneignung.

Teil I+II

Zur Debatte um das jüngste Zauberwort einer zu kurz greifenden Kapitalismuskritik

Je desorientierter die radikale Linke wird, desto schneller durchläuft sie die Konjunkturen des Ausheckens von Konzepten, die ebenso rasch wieder verwelken. Es geht zu wie bei der Modellpolitik von VW. Derzeit macht ein neues Schlagwort die Runde: »Aneignung«. So neu ist das eigentlich nicht. Aber Recycling gehört sowieso zum Geschäft, wenn einem nichts Neues mehr einfällt. Das scheint nicht nur für den Krisenkapitalismus zu gelten, sondern auch für die Kapitalismuskritik in der Krise. Plötzlich rastet eine bestimmte Sprachregelung ein, und alle linken Stamm- und Frühstückstische haben ihr Thema, wie die modebewußten Youngsters plötzlich auf Kommando alle superenge oder extrem breite Hosen tragen. Und jetzt ist eben die »Aneignung« dran. Die Berliner Bewegungszeitschrift Arranca! hat dem Thema zwei Ausgaben gewidmet, die Bundeskoordination Internationalismus (Buko) hat es bei ihrem Kongreß 2004 unter dem Titel »Das Ende der Bescheidenheit« ins Zentrum gestellt. Immer mehr Gruppen und Initiativen fahren darauf ab. Geht es jetzt wirklich los? Enteignung der ProduzentenAneignung, daran soll kein Zweifel bestehen, kann ein wichtiger Begriff emanzipatorischer Kritik und Bewegung sein. Aber Begriffe sind dehnbar, und sie können auch von ganz und gar antiemanzipatorischen Ideologien und Tendenzen »angeeignet« werden. Im Kampf um Begriffe gilt es, diese erst zu besetzen, statt sie inflationär im Stil von Werbekampagnen oder von Aufbruchsimulationen der politischen Klasse herunterzuwirtschaften, bis sie von rechts übernommen werden. Aneignung verhält sich komplementär zu Enteignung. Kapitalismus ist wesentlich eine Geschichte der Enteignung und Enterbung der Menschheit. Marx hat im Kapitel über die »ursprüngliche Akkumulation« gezeigt, wie die gewaltsame Enteignung der unmittelbaren (bäuerlichen und handwerklichen) Produzenten von ihren Produktionsmitteln sowie von Grund und Boden eine Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise bildete. Heute scheint ein zweiter, sekundärer Enteignungsprozeß ähnlicher Größenordnung abzulaufen. Zumindest wird es massenhaft so empfunden und inzwischen auch theoretisch reflektiert. Pünktlich zur Aneignungskonjunktur erschien 2004 im Verlag Westfälisches Dampfboot der Sammelband »Die globale Enteignungsökonomie«. Der Herausgeber Christian Zeller versucht in seinem einleitenden Beitrag, eine Bestimmung dieses Phänomens zu geben: »Die Besetzung des Irak und seine Umwandlung in ein neokoloniales Protektorat der USA ..., die weltweite Privatisierung öffentlicher Einrichtungen sowie die private Aneignung von Erfindungen und sogar von Lebewesen sind unterschiedliche Vorgänge, die aber dennoch etwas gemeinsam haben: Sie sind Ausdruck der imperialistischen und kapitalistischen Enteignungsökonomie.« (S. 9). Nachdem der Kapitalismus ursprünglich die Menschen von ihren Produktionsmitteln enteignet und sie der »abstrakten Arbeit« (Marx) unterworfen hat, enteignet er sie nun in beispiellosem Ausmaß von den Bedingungen dieser Existenz, von Einkommen, öffentlichen Diensten und Absicherungen. Immer größere Massen werden ausgegrenzt und gewissermaßen vom Warenkonsum enterbt, die nicht mehr Zahlungsfähigen von der medizinischen Versorgung usw. ausgeschlossen, die Arbeitslosen um ihre Leistungsansprüche gebracht und ganze Länder und Weltregionen von ihrer eigenständigen, aus der Rentabilität herausfallenden Reproduktionsbasis abgekoppelt. Die Frage ist allerdings, welcher Begriff von Aneignung dieser zweiten historischen Enteignungswelle entgegengesetzt werden soll. Geht es bloß um die Wiederaneignung des bisherigen Lebens, das ja schon auf einer ersten, ursprünglichen Enteignung beruhte? Die globalisierungskritische Bewegung ist nicht gerade durch radikale Kritik aufgefallen, sondern eher durch keynesianische Nostalgie. Wird nun das Schlagwort der Aneignung in die verkürzte Kapitalismuskritik eingemeindet oder führt es darüber hinaus?Her mit dem schönen Leben!In gewisser Weise ist Aneignung längst massenhafte spontane Praxis als Reaktion auf die kapitalistischen Enteignungsprozesse. Schwarzfahren, Stromabzapfen und Klauen gehören samt Risiko für viele zum Alltag. Es handelt sich um soziale Notwehr, der man nicht aus theoretischer Besserwisserei mangelnde Perspektive vorwerfen kann. Solche zunächst individuellen Praxen können sich durchaus zu Bewegungsmomenten steigern. Einige Polizeibehörden befürchten im Zuge der »Hartz-Reformen« bereits Zusammenrottungen und Plünderungen im größeren Maßstab. Radikale Kritik darf sich solcher Spontaneität keinesfalls verweigern. Es gilt vielmehr, die »kriminelle Energie« des Lebenswillens von sozial Enterbten in emanzipatorische Bahnen zu lenken. Das geht durchaus nicht von selbst, denn die spontane Aneignung die-

ser Art hat keine scharfe Grenze zur Plünderungsökonomie. Sie kann auch barbarisch und rassistisch besetzt werden. Als neuer Trend ist die linke Aneignungsdebatte offenbar bis jetzt nicht darüber hinausgekommen, die spontanen Aneignungsformen aufzulisten und organisatorisch zu verlängern. In einigen Großstädten (Berlin, Hamburg, Dresden) sind »Umsonst«-Kampagnen entstanden: »Das reicht von Aktionen für kostenlosen Zugang zu den Berliner Schwimmbädern (›Was ist cool? Reclaim the pool!‹) über die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, ohne zu zahlen, Besetzungen von Zügen, um zu Demonstrationen zu gelangen, Aktionen im öffentlichen Raum bis hin zu Besetzungen von sozialen Zentren.« (Arranca! 28). So weit, so gut. Nicht zu unterschätzen sind auch die Reminiszenz an die Hausbesetzerbewegung und der Hinweis auf die Landbesetzerbewegungen in der kapitalistischen Peripherie. Solche Aktionsformen der sozialen Aneignung werden im Fortschreiten der Weltkrise an Brisanz gewinnen. Aber das allein gibt keine Perspektive der Umwälzung. Auf den ersten Blick ist erkennbar, daß sich die Aneignungspraxis auf den Warenkonsum ohne Geld beschränkt. »Nimm dir, was du brauchst!«, das klingt zwar radikal, verläßt aber inhaltlich den alten sozialdemokratischen Verteilungsgesichtspunkt nicht. Wenn die Linke bloß die spontane Praxis ideologisiert, kann sie es gleich bleibenlassen. Die Umsonst-Parole »Her mit dem schönen Leben!« drückt zwar einen berechtigten Impuls gegen die kapitalistische Opfermentalität aus, aber die Notwehr sollte nicht zur Tugend der Emanzipation verklärt werden. Es ist kein gutes Zeichen, wenn die für ihre pubertäre Albernheit ebenso wie für ihren redaktionellen proimperialen Bellizismus bekannte Wochenzeitung Jungle World sich des Themas bemächtigt und es durch Titel wie »Her mit dem Plunder!« (Nr. 22/2004) in typischer Manier verblödelt. Die Frage nach der PerspektiveDie Frage nach der Perspektive der Aneignung ist auch die Frage, wie tief die Krise wirklich geht. Wenn es sich allein um eine willentlich durch kapitalistische Ansprüche erzeugte soziale Krise handelt und die Kapitalakkumulation selbst davon gar nicht berührt (oder sogar genährt) wird, kann die Frage der Aneignung tatsächlich auf die kapitalistischen Gesellschaftsformen (Warenproduktion, Warenkonsum) verkürzt bleiben. Es geht dann bloß um das altbekannte »Kräfteverhältnis« und dessen Veränderung auf dem Boden dieser Produktions- und Lebensweise, um die Teilhabe am Markt usw. Die spontane Praxis von Aneignung im Sinne eines illegalen Waren- und Dienstleistungskonsums wird so gewollt oder ungewollt theoretisch auf das Programm vergattert, diesen Konsum zu relegalisieren, ohne das warenproduzierende System als solches in Frage zu stellen. Wenn es sich dagegen um eine historische innere Schranke der Akkumulation als solcher handelt, muß die Perspektive der Aneignung sehr viel weitergehen und den gesamten gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang erfassen. Es geht dann um die Überwindung des warenproduzierenden Systems selbst, also der verinnerlichten gesellschaftlichen Form des Reichtums. Diese Hürde erscheint dem linken Normalbewußtsein als zu hoch. Man möchte irgendwie in der gewohnten Weise weitermachen. Christian Zeller etwa beschränkt die »Perspektive der gesellschaftlichen Aneignung« wie gehabt auf die Frage des juristischen Eigentums und dessen »Demokratisierung«, während das eigentliche Problem einer Überwindung der Warenform ausgeblendet bleibt. Deshalb muß Zeller dem Weltkapitalismus unterstellen, daß er seine »grundlegenden Verwertungsschwierigkeiten« durch die neue Enteignungsökonomie bewältigen könne: »Akkumulation existiert auch ohne Investitionen (!) im Sinne der Schaffung erweiterter Produktionskapazitäten. Akkumulation kann in gewissen Teilen des Systems zu Lasten anderer Teile geschehen ... Sie spiegelt die Vormachtstellung einer Form sozialer Herrschaft, in der die räuberische Aneignung von Werten beziehungsweise die Aneignung in Form von Renten dank einer Ausweitung der Eigentumsverhältnisse gegenüber der Erzeugung von Werten bedeutender wurde.« (Die globale Enteignungsökonomie, S. 14). Hier liegen einige grobe Denkfehler vor. Kapitalakkumulation ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozeß. Als Produktionsweise kann das Kapital nur durch rentable erweiterte Investitionen akkumulieren, nicht dadurch, daß »große Konzerne andere Unternehmen enteignen« (S. 9), und schon gar nicht durch »Raub«. Zeller nimmt hier die Froschperspektive des betrieblichen Einzelkapitals oder des einzelnen Wirtschaftssubjekts ein, ganz wie die herrschende mikroökonomische Richtung der Volkswirtschaftslehre. Gesamtgesellschaftlich aber schafft der kapitalistische Autokannibalismus natürlich keinen erweiterten Akkumulationsspielraum, ebensowenig die Enteignung von sozialen Ansprüchen. Dasselbe gilt für Renten aus der Patentierung von Genen, Lebewesen, Software usw. Das patentierte Wissen als solches bildet keine eigene Basis von Akkumulation, und Renten sind

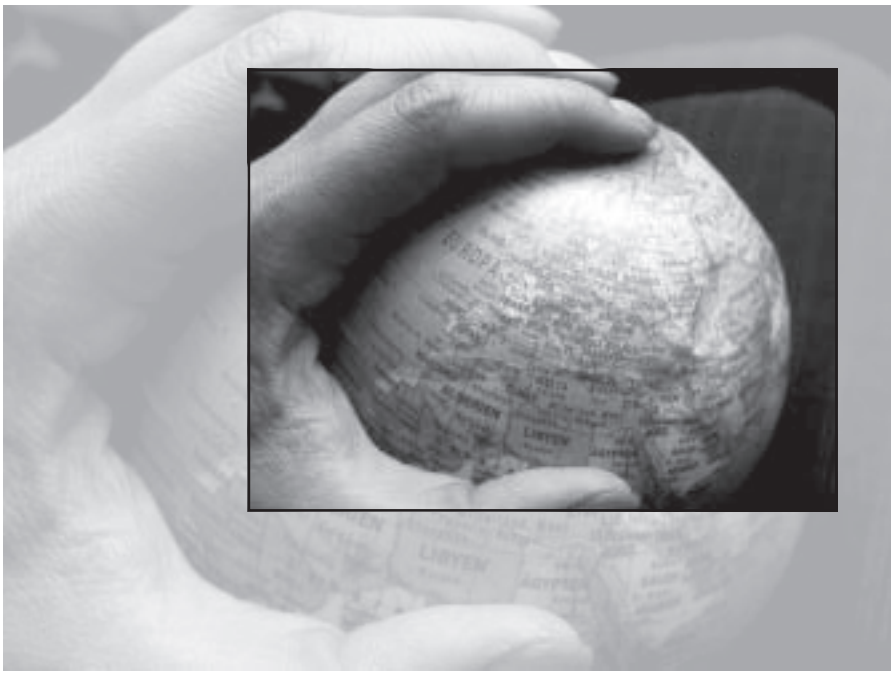


wie Zinsen abgeleitete Bestandteile des (gesellschaftlichen) Mehrwerts, die von diesem abgeschöpft werden müssen. Nachdem sich die kapitalproduktiven Optionen der Dienstleistungsgesellschaft, der Computerisierung, Informationstechnologie und New Economy als Träger eines neuen historischen Akkumulationsmodells allesamt als Flops erwiesen, hat es schon etwas Verzweifeltes an sich, nunmehr dem Kapitalismus die weitere Akkumulationsfähigkeit durch Enteignung, Raub usw. attestieren zu wollen. Diese Fähigkeit ergibt sich entweder aus den inneren Produktionsbedingungen des Gesamtkapitals oder gar nicht. Probleme des KlassenkampfsDie linke Aneignungsdebatte hat bis jetzt weniger mit einem neuen Paradigma der Kapitalismuskritik zu tun als vielmehr mit dem Versuch, sich um die Überwindung des alten herumzudrücken. Aneignung als Modewort soll klammheimlich die defizitäre Interpretation der Wirklichkeit von sozialer Krise und sozialen Kämpfen unter dem Label des Klassenkampfs notdürftig abstützen. Nun war aber zumindest der orthodoxe Begriff des Klassenkampfs stets mit dem Anspruch eines Zugriffs auf die Produktionsweise über den bloßen Verteilungskampf hinaus verbunden. Die Klasse war definiert durch die »Stellung im Produktionsprozeß«, nämlich die Schöpfung des Mehrwerts mittels »abstrakter Arbeit«. Sozialismus sollte in der Ergreifung der politischen Macht durch diese Klasse bestehen, um die Wertschöpfung mittels einer »arbeiterstaatlich« geplanten Warenproduktion von der Ausbeutung durch den privat angeeigneten Mehrwert zu befreien. Eine Reformpolitik in diese Richtung setzte sich die »Demokratisierung« der Warenproduktion zum Ziel. Mit alledem ist es nicht mehr weit her. In der dritten industriellen Revolution besteht das Kapital wesentlich aus verwissenschaftlichtem Sachkapital. Die menschliche Arbeit wird zunehmend aus dem Produktionsprozeß herausgenommen, die mehrwertschöpfende Klasse zur Minderheit. Darin besteht gerade die Krise nicht nur der sozialen Reproduktion, sondern der Akkumulation selbst, deren Substanz ja laut Marx die Arbeit bildet. Die Menschen werden nicht mehr wie in der ersten historischen Enteignungswelle der »ursprünglichen Akkumulation« durch das »Hineinfoltern« (Marx) in die Arbeit, sondern nunmehr sekundär von dieser Arbeit selbst als Einkommensquelle enteignet. Die Masse der sozial Enterbten besteht nicht aus Mehrwertproduzenten, sondern aus Menschen, die von Transferleistungen abhängig sind oder aus prekarisierten Scheinselbständigen, Elendsunternehmern, Gelegenheitsjobbern usw. außerhalb des schrumpfenden kapitalproduktiven Kerns. Und die Politik wird durch die mit dieser Entwicklung einhergehende transnationale Globalisierung des Kapitals ausgehöhlt. Damit entfallen alle traditionellen Begriffsbestimmungen des Klassenkampfs, der sich als immanente Bewegung in der gemeinsamen Hülle der Warenform entpuppt. Arbeit und Politik werden als Basis und Aktionsform obsolet. Von diesem »Standpunkt« aus ist kein Blumentopf der Emanzipation mehr zu gewinnen. Nötig wird eine soziale Massenbewegung, die nicht mehr durch die »Stellung im Produktionsprozeß« definiert ist. Und das Ziel kann nicht die politisch geplante Wertschöpfung sein, die in Wahrheit zusammen mit der Mehrwertproduktion verfällt, sondern die Befreiung von der fetischistischen und zunehmend »entsubstantialisierten« Wertform selbst. Aneignung hieße dann, den gesamten Stoffwechselprozeß der Gesellschaft mit der Natur ebenso wie mit sich selbst aufzurollen und die Produktion tiefergehend umzuwälzen als bloß durch die äußerliche Umdefinierung des juristischen Eigentums, wie es etwa Christian Zeller immer noch als »Demokratisierung« der öffentlichen Dienste vorschwebt. Das ist eine Leerformel geworden. Alle Versuche, der spontanen Praxis illegalen Warenkonsums ausgerechnet mit den alten Klassenkampfformeln von Arbeit, Politik und juristischer Eigentumsfrage eine Perspektive zu geben, sind zum Scheitern verurteilt.

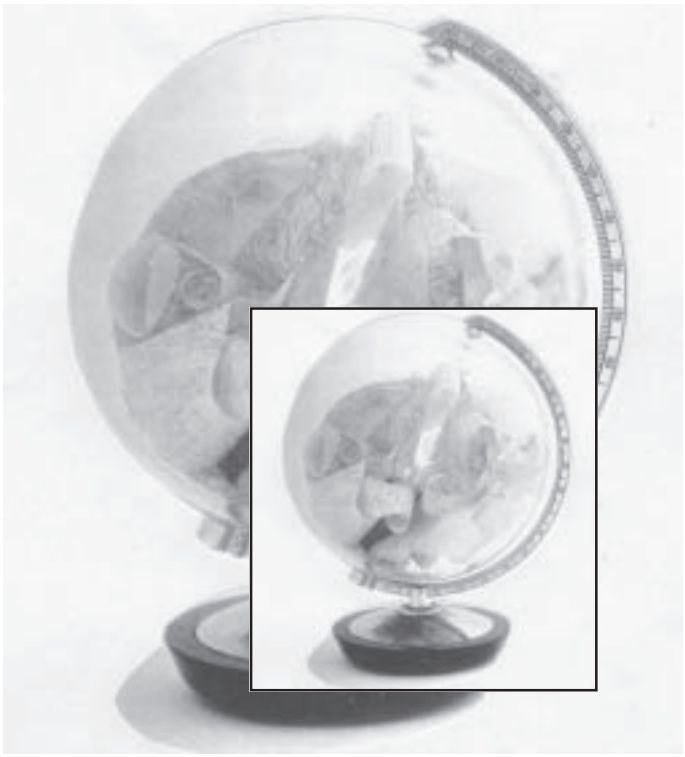
Enteignung und Aneignung. Zur Debatte um das jüngste Zauberwort einer zu kurz greifenden Kapitalismuskritik

Wenn man genauer hinhört, ist zu merken, wie sehr die gegenwärtige Aneignungsdebatte damit zu tun hat, daß die radikale Linke selbst von der sozialen Krise ereilt wird. Vorbei die Zeiten, als es noch ein gut gepolstertes lustiges Studentenleben gab und man sich ohne große Sorgen um Miete und Essen nächtelang die Köpfe über den tendenziellen Fall der Profitrate oder den Marxschen Fetischbegriff heiß reden konnte. Wenn es existentiell wird, scheint der Spatz der verkürzten Praxisvorstellung in der Hand mehr zu gelten als die Taube der kritischen Theorie auf dem Dach. Das Unmittelbare ist die Ware, die man nicht mehr kaufen kann. Da werden die Standards kritischer Reflexion plötzlich heruntertransformiert und lax gehandhabt. In diesem unkoscheren Sinne taugt der unreflektierte Aneignungsbegriff wunderbar dazu, sich über das eigene Ausweichen vor dem zu knackenden Problemzusammenhang hinwegzulügen. Aus dem Bauche herausDas Schlagwort der Aneignung, indem es unvermittelt mit dem ebenso unreflektierten alten Klassenkampfbegriff kurzgeschlossen wird, fällt in Wahrheit hinter den traditionellen Marxismus zurück, statt über ihn hinauszugehen. An die Stelle der verkürzten Vorstellung über die Umwälzung der Produktionsweise tritt nicht eine radikale Neuformulierung, sondern der Verzicht auf die Fragestellung als solche. Das Steckenbleiben der linken Aneignungsdebatte in der bloß scheinradikal aufgemotzten Verteilungsfrage von Waren kommt jenem konsumistischen Bewußtsein entgegen, das sich um die Reproduktionsbedingungen seiner Existenz nicht mehr scheren möchte. Das vom Buko-Kongreß 2004 ausgerufene »Ende der Bescheidenheit« entpuppt sich so als eine gelinde gesagt ziemlich bescheidene Angelegenheit. Wie so oft scheint die Kapitulation der radikalen Kritik in der Maske der Militanz daherzukommen. Aber gelegentlich ist man durchaus geständig, ohne es überhaupt noch zu merken: »Das Politbarometer sagt: Beleidigt am Zaun stehen und über die Verhältnisse meckern: Out – Sich nehmen, was uns sowieso zusteht: In« (Arranca! 28). Der Selbstauslieferung an die Schwankungen des Szene-»Politbarometers« entspricht die Verkürzung der Perspektive auf die eigene Nase. Aneignung wird hier dem »Meckern über die Verhältnisse«, sprich: der über die vermeintlich direkt greifbare Umsetzung des Gedankens hinausgehenden radikalen Kritik, salopp gegenübergestellt. Im Klartext: »Her mit dem Plunder!«, was soll uns noch die brotlose Reflexion über Warenform und ähnliche Esoterik. Es läßt in diesem Sinne an Offenherzigkeit nichts zu wünschen übrig, wenn etwa Dario Azzellini erklärt: »Es geht darum, die langjährige linksradikale ›Strategie der Opposition‹ ... durch eine ›Strategie der Konstruktion einer neuen Ordnung‹ zu ersetzen« (iz3w 277). Und noch deutlicher: »Die Zeiten des ›radikalen Bruchs‹ sind vorbei«

(ebenda). Sicherlich war die Idee des radikalen Bruchs oft genug kaum mehr als eine Pose. Aber sobald die Aneignungsmilitanz brav konstruktiv wird, ist zu vermuten, daß die »neue Ordnung« mangels Reichweite ihrer »Konstruktion« aus dem Bauch heraus so ziemlich die alte sein wird. Es geht ja keineswegs darum, gegenwärtig notwendig begrenzte Praxisansätze abzukanzeln und sich etwa über »das Recht, sich auf öffentlichen Plätzen und in Parks aufhalten zu dürfen« (Azzellini) lustig zu machen, um die gegenwärtig ebenso notwendig abstrakte Radikalität theoretischer Kritik dagegen auszuspielen. Aber Azzellini verfährt nicht besser, wenn er bloß umgekehrt die über (illegalen) Warenkonsum und bürgerliche Rechtsform nicht hinauskommende unmittelbare Aneignungspraxis gegen die radikale theoretische Reflexion ausspielt. Was dann noch an Ideen für eine Umwälzung der Produktionsweise übrigbleibt, ist nicht mehr als ein homöopathischer Aufguß uralter abgestandener Konzepte. Daß etwa aus Venezuela über »Spielräume für den Aufbau einer anderen Arbeitsweise« und »Modelle der Mitverwaltung« mit dem Ziel einer »vollständigen ArbeiterInnenkontrolle der Kernindustrien« (Azzellini) berichtet wird, zeigt die Stagnation der Theorie trotz Fabrikbesetzungen. Wo zwischen 50 und 90 Prozent der Bevölkerung zu den Herausgefallenen gehören, wie in der Weltmarktperipherie inzwischen üblich, wird die »ArbeiterInnenkontrolle der Kernindustrien« sozial gegenstandslos und führt ohne Kritik des warenproduzierenden Systems bestenfalls zur Selbstausbeutung, schlimmstenfalls zum Schicksal der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung, die zum Vehikel des Bürgerkriegs wurde. Daß keine »Modelle« in Sicht sind, spricht nicht gegen, sondern für die theoretische Ausarbeitung der Kritik, die nichts mit »Modellen« zu tun hat. Der spontanen Praxis nur das zurückzuspiegeln, was sie ohnehin schon selbst ist und weiß, ist der sicherste Weg, sie zugrunde zu richten. Dann bekommt man am Ende nicht einmal den Plunder. Verbalradikalismus Es gibt allerdings auch den entgegengesetzten Weg, die erst in Grundzügen ausformulierte theoretische Kritik von Warenform, Geld, Arbeit und Politik gewaltsam herunterzubrechen auf das Niveau der aktuellen Aneignungsdebatte, um in dieser bewegungsopportunistisch mitzumischen. So macht es nach dem Motto »Dabeisein ist alles« zusammen mit den Wiener Streifzügen jene Gruppe, die das Label der ehemaligen Theoriezeitschrift Krisis usurpiert hat. Das Resultat ist so ziemlich dasselbe, nämlich das Steckenbleiben in einer Ideologisierung der spontanen Aneignungspraxis von Waren, während die Kritik des warenproduzierenden Systems zur verbalradikalen Phrase verkommt. So kraftmeiert etwa Karl-Heinz Lewed in der Jungle World (ein Publikationsort, an dem man sich auch Sorgen über das Wohlergehen der US-Administration im Irak macht und der so an sich schon den Anspruch emanzipatorischen Denkens dementiert): »Eine Kritik an den kapitalistischen Zumutungen muß ... jenseits der Warenform erfolgen ... Es gilt, sich die stofflichen Ressourcen direkt anzueignen« (Nr. 28/2004). Die Kritik an kapitalistischen Zumutungen darf also erst sein, wenn man sich schon jenseits der Warenform befindet? Entweder spricht Lewed aus dem Jenseits zu uns, oder er hat es nicht so mit der sprachlichen Logik. Genauere Aufschlüsse über das direkte Aneignen des stofflichen Reichtums gibt uns der Wiener Jenseitsspezialist Franz Schandl: »Was ist von einer Gesellschaft zu halten, wo es genug Autos und Getreide, Gummistiefel und Medikamente, Bücher und Dächer gibt, diese aber nicht die Menschen erreichen, weil sie sich immer weniger leisten können? Da stellt sich ... dringender denn je die Frage direkter Aneignung dieser Produkte« (Streifzüge 30). Wenn die Dächer die Menschen nicht mehr »erreichen«, dann müssen die Menschen eben die Gummistiefel anziehen, ein paar Medikamente einwerfen und sich die Dächer »direkt aneignen«, um dann glücklich mit ihren Dächern nach Hause zu gehen. Dem Aneigner ist nichts zu schwer. Die willkürliche, absurde Auflistung verrät, daß wir es hier in gar keiner Weise mit einer konkretisierten Kritik des warenproduzierenden Systems zu tun haben. Und Autos, gilt es die auch »direkt anzueignen«? Autoknacker aller Länder, vereinigt euch! Wenn die öffentlichen Verkehrsmittel stillgelegt oder unbezahlbar werden, muß man zwangsweise auf das Auto zurückgreifen oder wird ganz immobil, sobald man sich auch das nicht mehr leisten kann. Aber deswegen ist es noch lange keine kritische Einsicht, darauf zu verweisen, daß »genug Autos da« wären. Die Kritik am kapitalistischen Individualverkehr ist nicht preiszugeben, weil es sozial eng wird und das »Politbarometer« der Szene auf »Aneignung« zeigt. Überhaupt ist ja das Problem des »abstrakten Reichtums« (Marx) nicht nur, daß er für viele unerreichbar wird. Vielmehr geht es auch darum, daß lebensnotwendige Bereiche stillgelegt und gleichzeitig gemeingefährliche Schrottproduktionen forciert werden. Mit dem verkürzten Aneignungsbegriff von Schandl und Co. ist dem System der »abstrakten Arbeit« nicht beizukommen. Wenn es mit dem Aneignen von Waren nicht so klappt, gibt es immer noch das Selbermachen. Aber Subsistenzwirtschaft auf dem Rübenacker hält niemand lange durch; und die Alternativunternehmen sind entweder bankrott oder haben sich kapitalistisch professionalisiert. Trotzdem können Formen gegenseitiger Hilfe und der Betrieb von gemeinsamen Einrichtungen in der sozialen Krise eine Rolle spielen. Ein wichtiges Kriterium wäre hier, daß solche Einrichtungen nicht wieder an den Markt gehen, sondern der direkten Nutzung die-



nen. Das kann nur im Rahmen sozialer Bewegungen organisiert werden, nicht in Gestalt isolierter Projekte. Von Aneignung wäre hier nicht im Sinne des kapitalistischen Reichtums zu sprechen, sondern im Sinne sozialer Räume jenseits von Markt und Staat. Eben deshalb kann es sich der Sache nach nur um einen Teilaspekt sozialer Umwälzung handeln, nicht um ein »Modell« für das Ganze der gesellschaftlichen Reproduktion.Freie Software, Copyleft und Co.Genau diese Illusion pflegt das Konzept »freier Software«, das aktuell in der verkürzten Aneignungsdebatte hoch im Kurs steht. Die unentgeltliche Entwicklung von Software nach dem Linux-Muster bleibt aber nicht nur äußerst begrenzt; es ist auch zweifelhaft, ob hier überhaupt ein emanzipativer sozialer Raum eröffnet wird, weil das Konzept bloß auf dem anonymen Agieren abstrakter Individuen im virtuellen Raum beruht. Eine Sozialküche, gemeinsame Kinderbetreuung oder eine Widerstandsaktion gegen das Sozialamt kann man auf diese Weise ebensowenig organisieren wie etwa ein Stahlwerk oder die Energieversorgung. Wie schräg das Konzept ist, zeigt sich an seiner Ausweitung auf journalistische und theoretische Texte nach dem sogenannten Copyleft-Prinzip. Da heißt es dann im Impressum einschlägiger Blätter: »Alle Artikel der Streifzüge unterliegen ... dem Copyleft-Prinzip: Sie dürfen frei verwendet, kopiert und weiterverbreitet werden unter Angabe von Autor/in, Titel und Quelle des Originals sowie Erhalt des Copyleft« (Streifzüge 30). Das ist nicht Aneignung, sondern freiwillige Selbstenteignung von Autoren. Dem Kapitalismus wird damit nicht das Geringste weggenommen. Das »Prinzip« als rein formales verläßt das bürgerliche Recht nicht; und wenn sie sich daran halten, können sich z. B. bürgerliche Presse oder Neonazi-Querfront-Postillen auf diese Weise linke Texte »aneignen« (zur rechtstheoretischen Kritik vgl. den Artikel »Copyright und Copyleft« von Petra Haarmann in der demnächst erscheinenden ersten Ausgabe der neuen Theoriezeitschrift EXIT!). Daß Texte »prinzipiell« nichts mehr kosten sollen, geht natürlich auf Kosten der Autoren. Die Gewerkschaft ver.di ist wenigstens noch darauf bedacht, daß die Schreiber nicht zu Billigarbeitern gemacht oder ganz enteignet werden (wie die Wissenschaftler in den Konzernen). Copyleft stellt die Enteignungs-Aneignungsdebatte geradezu auf den Kopf. Die Unterbietung des gewerkschaftlichen Standpunkts wird als transzendierende Entkoppelung zurechtgelogen, um sich bei einer für solche Mätzchen anfälligen Szene einzuschmeicheln. Eine stumme Voraussetzung bleibt dabei natürlich ungenannt, nämlich daß die Autoren dann ihr Geld von woanders herbeziehen müssen, etwa aus akademischen Jobs oder durch das Sponsoring mittels Beiträgen einer Vereinsmitgliedschaft etc. Es handelt sich bei Copyleft um eine unredliche, völlig leere Scheinpraktik eines vorgegaukelten »richtigen Lebens im falschen«, nicht um emanzipatorische Aneignung.Der schnellschüssige Aneignungsbegriff, dem jede gesellschaftliche Tiefendimension fehlt, wird dennoch als Masterplan verkauft. »Aneignung ist ein Zauberwort«, tönt Felix Klopotek in der Jungle World: »Aneignung ist das, was über die ›traditionellen‹ sozialen Forderungen – mehr Lohn, Verringerung der Arbeitszeit – hinausgeht, ist Verheißung und Fluchtpunkt einer zersplitterten Linken« (Nr. 22/2004). Und die Jenseitsstimme von Karl-Heinz Lewed behauptet, »daß es eine Partizipation am gesellschaftlichen Reichtum nur jenseits von Arbeit und Geld geben kann« (Nr. 28/2004). Kein Wunder, daß »Hartz-Reformen«, »Agenda 2010« und finanzielle Restriktionen im Bildungs- und Gesundheitswesen nur noch am Rande vorkommen. Da geht es eben um Geld. Der hochtrabende Aneignungsdiskurs enthält in Wahrheit nicht nur den Verzicht auf den »radikalen Bruch«, sondern läuft auch auf eine Kapitulation vor den Maßnahmen der kapitalistischen Krisenverwaltung hinaus. Trotz Lippenbekenntnissen zur Notwendigkeit des »immanenten Kampfes« wird die »direkte Aneignung« den Auseinandersetzungen um finanzielle Ansprüche, Sozialtransfers etc. alternativ gegenübergestellt. Das ist eine verheerende Fehlleistung. Die mögliche Konstitution sozialer Kämpfe verläuft heute genau an der Frontlinie der finanziellen Kahlschläge. Die Praxis direkter Aneignung und selbstbestimmter Reproduktionseinrichtungen kann solche Kämpfe anreichern, aber sie nicht ersetzen. Für neues SozialismusverständnisUnd die Kritik von »abstrakter Arbeit« und Warenform? Sie muß theoretisch erarbeitet und konkretisiert, als gesellschaftlicher Diskurs entwickelt und verbreitert werden. Die unvermeidliche Spannung zur aktuell möglichen Praxis ist auszuhalten, nicht wegzulügen. Weil der Weg eben nicht das Ziel ist, wie es die alten Reformisten behauptet haben, besteht die Perspektive nicht im Blick auf das, was man unmittelbar machen, sondern genau umgekehrt im Blick auf das, was man gerade nicht unmittelbar machen kann. Soziale Aneignung in einem umfassenden, Produktion und Reproduktion übergreifenden Sinne ist eine wichtige Bestimmung für ein neues, nicht-bürokratisches Sozialismusverständnis. Ein solcher Aneignungsbegriff kann nicht nur die Kritik des warenproduzierenden Systems konkretisieren, sondern auch einen Bezugsrahmen geben, um schon in den heutigen Kämpfen die Konkurrenz im weiter reichenden Interesse einer gemeinsamen gesellschaftlichen Zielsetzung zu überwinden. Dazu bedarf es eines langen Atems, den der jetzige Modediskurs offensichtlich nicht hat.



Die Welt sich vorstellen ohne Geld und Markt

RADIKALE LöSUNGEN JENSEITS DES KAPITALISMUS Wer „Ja, aber" sagt, begibt sich stets in Geiselhaft und endet gesundbeterisch wie jeder dritte Weg in der Kapitulation vor den Verhältnissen

Gibt es in Marx' und Gottes Namen nirgends brauchbare Ideen, die nicht nur die Politik, sondern auch die ökonomische Welt verändern? Wo sind die konkreten Utopien für jene Sphäre, die nach wie vor das Leben prägt? In den bisherigen Beiträgen zur *Freitag*-Debatte stand der geldvermittelte Austausch von Waren zwar in seiner heutigen Gestalt, aber nicht prinzipiell zur Disposition. Zur kurz gesprungen, meint nun Franz Schandl. Wer über den Kapitalismus hinaus will, muss auch bereit sein, alte Fundamente zu zertrümmern.

Wenn nichts mehr geht, ist eine entscheidende Frage die, was nicht mehr geht. Um welche Krise es sich also gegenwärtig handelt. Meine Antwort ist, dass wir es mit einer fundamentalen Krise der Verwertung zu tun haben, die nach radikalen Lösungen heischt. Kein Herumdoktern wird mehr helfen. Bei den bisherigen Beiträgen der *Freitag*-Debatte hingegen hat man den Eindruck, dass es schon so weiterginge, würde man nur die richtigen politischen Maßnahmen setzen und das Geld anders positionieren.

Was kann Politik?

Hans Thie etwa spricht zwar im Vorspann seines Beitrags (siehe *Freitag* vom 14. Mai 2004) von der Notwendigkeit einer Revolution, verfällt dann aber im ersten Absatz seines Artikels sofort in Rechenbeispiele, was ja nur bedeutet, dass er die Kategorie Geld (und mit ihr Verwertung und Arbeit) nicht in Frage stellen will. Wäre

nur richtig verteilt, dann könnte es wieder voran gehen, so die frohe Botschaft. Aber ist dem so? Was kann eine alternative Politik und - allgemeiner gefragt - was kann Politik überhaupt?

Politik (und mit ihr Demokratie und Staat) sind groß geworden an der Seite des aufsteigenden Kapitals. Sie sind ehern an es gebunden, keine Prinzipien, die irgendwo über seine Möglichkeiten hinausreichen. Schon dass Politik sich des ökonomischen Mediums, das heißt, des

Geldes, bedienen muss, zeigt deutlich, dass sie ohne gelingende Akkumulation und deren Besteuerung gar nichts ist. Politik ist das auf Geld aufbauende und angewiesene Regulationssystem eines Staates.

Mehr als eine Verwaltung der „ehernen Gesetze" der Marktwirtschaft, gemeinhin Sachzwänge genannt, ist auf politischer Ebene nicht drinnen. Wohin wir auch blicken, überall wird, was die substanziellen Vorhaben betrifft, gegenwärtig die gleiche Politik betrieben. Was trennt Blair von Thatcher? Lula von Cardoso? Japan von den USA? Polen von Spanien? Was unterscheidet Schwarz-Blau in Österreich von Rot-Grün in Deutschland? Die Richtung ist dieselbe. Was den Kahlschlag betrifft, geht die rechtskonservative Regierung in Österreich sogar behutsamer vor als die ökosozialdemokratische in Deutschland. Doch auch das hat objektive Gründe, zeugt nicht von irgendeiner sozialeren Gesinnung, sondern nur von größeren Spielräumen eines Standorts.

Wozu Geld?

Blanker Zynismus des Marktes liest sich so: „Der Transkapitalismus ist eine Geldwirtschaft. Die Segnungen des Geldes sind zu wichtig, als dass der Bohème darauf verzichten könnte. Denn erst Geld ermöglicht ihm Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Die wahre Emanzipation der Frauen begann, als diese selbst Geld verdienten und sich nicht mehr dem Patriarchen unterordnen mussten. Und auch das bedingungslose (sic!, Anmerkung, F.S.) Ausleben der Neigungen ist nur in einer Geldwirtschaft möglich ... Darüber hinaus werden in keinem System die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen ernster genommen. Dafür sorgt der unschlagbare Preismechanismus der Geldwirtschaft." (Niels Boeing und die Gruppe „km21.0", s. *Freitag*

von 21. Mai 2004)

Wenn das keine gefährliche Drohung ist! Nur weil es im Kapitalismus Leuten mit Geld besser geht als Leuten ohne Geld, ist nicht zu folgern, dass Geld unverzichtbar ist, sondern bloß, dass es ein Medium ist, das eben nicht zur sozialen Sicherstellung aller taugt. Der Preismechanismus nimmt Wünsche und Bedürfnisse lediglich wahr, wenn sie vermarktbar sind. Produkte und Leistungen werden nur hergegeben, wenn sie käuflich erworben werden können, sei es direkt oder indirekt durch Versicherungen. Wer nicht zahlungsfähig ist, ist eine Geldmonade ohne Geld. Also ein Nichts. Um in den Genuss der Genüsse zu gelangen, muss man und frau zahlen. Ansonsten können sie auch bei voller Schüssel verhungern. Global läuft ja nichts anderes ab. Geld teilt Menschen in Flüssige und Überflüssige. Der unschlagbare Preismechanismus ist wahrlich einer der größten Totschläger der Geschichte.

Was die Perspektiven der Menschheit betrifft, ist der Kapitalismus am Ende. Außer Krieg und Terror, Verelendung und ökologische Katastrophen hat er wenig zu bieten. Zur Zeit läuft fast alles in die falsche Richtung, vor allem die Leute selbst, die glauben, sie werden schon irgendwie davonkommen. Je länger dieser Zustand verlängert wird, desto schlimmer werden sich die Verhältnisse auch in den Zentren des Kapitals gestalten.

Man muss aufhören, die Geschichte des Kapitals als eine Erfolgsstory zu erzählen. Mitnichten. Als diese kann sie nur beschrieben werden, wenn man so ziemlich alles, was die Moderne lieferte, vergisst und verdrängt: von der Hexenverbrennung bis zum Dreißigjährigen Krieg, vom Kolonialismus bis zum Völkermord, von Auschwitz bis Hiroshima; und ebenso selbstverständlich die Abermillionen, die durch Arbeit für die Verwertungsmaschine (vorzeitig) umgekommen sind und die, die tagtäglich verhungern. Das sind keine abgeschmackten Wahrheiten, die der trägen Langeweile überlassen werden dürfen. Das sind nicht bloß Betriebsunfälle, nein, so läuft das Betriebssystem von Fortschritt und Zivilisation, da mag die Benutzeroberfläche noch so bunt erscheinen. Die zivilisatorische Mission des Kapitals, der auch noch Marx anhing, ist die aufklärerische Illusion schlechthin. Heute wiederholt, kann sie nur noch als gemeingefährliche Behauptung bezeichnet werden. Dieser Erfolg misst sich nicht am guten Leben für alle, sondern an vernutzten Arbeitseinheiten zum Selbstzweck der Verwertung. Die Marktwirtschaft ist die effizienteste Maschine, was die Vernichtung von Mensch und Umwelt angeht.

Raus aus den Schützengräben

Und was tun? Tja, wenn jemand im Schützengraben liegt und mich fragt, was er machen soll, wenn die feindlichen Truppen ihn zu vernichten drohen, werde ich empfehlen zurückzuschießen. Aber mir würde nie einfallen aus dieser Extremsituation auf das gesellschaftliche Konzept des Schießens und Zurückschießens zu schließen. Genau das offenbart sich aber in der Konkurrenz. Hier wird die Notwendigkeit geradezu zum Glaubenssatz, und nicht nur bei den Liberalen. Alle sprechen unreflektiert von Interessensdurchsetzung, was in letzter Konsequenz nur heißen kann: Wie setze ich mich in Wert und wie entwerte ich andere? Sei es solo oder in irgendeinem Kollektiv. Diese Inklusion ist nur durch Exklusion zu haben.

Natürlich ist die Frage berechtigt, was denn jetzt die Leute unmittelbar tun sollen. Darauf kann ich keine besondere Antwort geben. Sie werden halt recht oder schlecht ihre Interessen vertreten. Wichtig wäre indes, dass sie dabei nicht stehen bleiben. Denn die gegenseitige Konkurrenz wird sich immens verschärfen, bis hin zur tätlichen Auseinandersetzung, ja bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, wo marodierende Banden sich ihre Beute holen. Insgesamt geht es darum, die Schützengräben des Kapitals zu verlassen, Leben anders zu definieren und zu gestalten als dies der jetzige Überlebenskampf erzwingt. So gilt es keine Interessen mehr durchzusetzen, sondern sich von den Interessen der aufgezwungenen Charaktermasken zu lösen und diese zu überwinden

.

Die „Sein oder Nichtsein"-Frage ist aufzuheben, zumindest was deren soziale Seite betrifft. Das ist möglich. Das Leben der Menschen auf diesem Planeten ist von der sozialen Existenzangst zu befreien. Ganz kategorisch hat zu gelten: Niemand soll unter die Räder kommen. Es bleiben sowieso noch genug andere Ängste übrig. Die zentrale Frage ist die ganz schlichte nach dem guten Leben. Dieses ist nicht mit der materiellen Absicherung zu verwechseln, aber es ist ohne diese nicht zu haben.

Aufforderungen, realistisch, sachlich und konstruktiv zu sein, sind hingegen zu verlachen. Die Linke muss aufhören, „Ja, aber..." zu sagen. Damit begibt sie sich stets in Geiselhaft und endet gesundbeterisch wie jeder dritte Weg in der Kapitulation vor den Verhältnissen. Das hatten wir zur Genüge. Wir werden um die „große Weigerung" (Marcuse) und um den Bruch nicht herumkommen. Der Kapitalismus ist abzuschaffen. Es gilt ein kategorisches NEIN.

Selbstverständlich darf man beim NEIN nicht stehen bleiben, die Negation hat eine bestimmte zu sein, das heißt, sie hat nicht nur zu sagen, was sie nicht will, sondern auch, was sie will. Und man sollte solches Denken auch nicht mit einem Bilderverbot belegen. „Wenn es wahr ist, dass ein Leben in Freiheit und Glück heute möglich wäre, dann wäre die eine der theoretischen Gestalten der Utopie, für die ich sicher nicht zuständig bin und du, soweit ich es übersehen kann, auch nicht, dass man konkret sagen würde, was bei dem gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte der Menschheit möglich wäre - das lässt sich konkret und das lässt sich ohne Ausmalen und das lässt sich ohne Willkür sagen. Wenn das nicht gesagt wird, wenn dieses Bild nicht auch, fast möchte ich sagen: handgreiflich erscheint, dann weiß man im Grunde gar nicht, wozu das Ganze eigentlich da ist, wozu die Apparatur in Bewegung gebracht wird. Verzeihe, wenn ich mich in die unerwartete Rolle des Anwalts des Positiven begebe, aber ich glaube, ohne dieses Moment käme man doch in einer Phänomenologie des utopischen Bewusst-seins nicht aus." Das sagt übrigens ein gewisser Adorno in einem Gespräch mit Ernst Bloch.

Fällig wäre die Eroberung der Fragen, derer wir bedürfen. Wir sind nämlich nicht nur unserer Antworten enteignet, sondern auch der Fragen. Die Frage ist nicht „Wie sind die Renten finanzierbar?", sondern „Wie können alte Menschen in Wohlversorgtheit und relativer Gesundheit ihren Lebensabend verbringen? Was

brauchen sie dafür und wie schaffen wir es an?" Nicht das Geld gilt es bereit zu stellen, sondern die notwendigen Produkte und Leistungen, Apparaturen und Zusprüche sind aufzutreiben und anzueignen. Und es sage niemand, das sei das Gleiche. Nur im Kapitalismus ist dieser Zusammenhang zwischen Geld und Vermögen als allmächtiger (könnte man auch groß schreiben) bestimmend. Entschieden ist mit den eingeherrschten gegenwärtigen Tabus zu brechen: Geld kann nicht nicht gedacht werden. Politik kann nicht nicht gedacht werden. - Das ist doch nicht wahr! Sollen wir wie die Lemminge ewig an Politik und Geld glauben und ihnen nachlaufen, selbst noch in Zeiten, wo ihre Ohnmacht hinsichtlich gesellschaftlicher Regelungen so offensichtlich sind? - Das Leben ist anderswo. Imagine!

Warum soll man kaufen müssen?

Die ketzerische Frage lautet: Warum soll man kaufen müssen? Ich begebe mich hier in die Rolle des hartnäckigen Kindes und will es wissen: Warum? Warum? Warum? Warum soll die freie Entnahme nicht für reelle Produkte ebenso gelten wie für virtuelle? Warum soll Mehl gekauft werden? Und Pa-pier? Und Limo-nade? Und Mähdrescher? Warum? Wer kann einen wirklich plausiblen Grund nennen? Es ist von alledem genug da beziehungsweise aufbringbar. Mehl muss produziert werden und konsumiert werden, aber zirkuliert werden muss es wahrhaftig nicht. Die Warenzirkulation ist durch eine einfache Distribution von Gütern zu ersetzen. Heute wird Mehl hergestellt, nicht um Kuchen und Brot zu backen, sondern um ein Geschäft zu tätigen. Das ist doch obszön.

Das entscheidende Problem ist also nicht, wie wir Verwertung und Wachstum wieder in Schwung bringen (das wird sowieso nicht gelingen, auch wenn die Frontpropaganda jeweils für morgen den Aufschwung verspricht), sondern wie wir sie endgültig abstellen. Das bedeutet Stoffwechsel und Kommunikation der Gesellschaft auf ganz neue Beine zu stellen. Reicht denn nicht haben zu wollen, was da ist oder was machbar ist?

Die Menschen müssen sich direkt aufeinander beziehen, nicht sich, ihre Produkte und Leistungen als abstrakte Arbeitsquanta austauschen. Stoffliche Rechnungen statt monetären stehen an. Wenn man nur denkt, was die Umrechnerei (jeder Kassenbon demonstriert das) von allem und jedem in Wert und Geld an menschlicher Lebenszeit auffrisst, dann ist bereits eine ganze Spezies verrückt geworden. Hierzulande dürften wohl an die 90 Prozent aller Verausgabung von Arbeitszeit direkt oder indirekt dem kapitalistischen Rech-nungswesen (Buchhaltung, Verkauf, Auspreisung, Kalkulation, Abrechnung, Werbung, Versicherung, Banken, Mahn-wesen, Münzprägung, Gelddruck) ge-schuldet sein. Emanzipation meint ein Arbeitsentsorgungsprogramm ungeheuren Ausmaßes. Dieses Potenzial wird frei und steht anderweitig zur Verfügung. Imagine!

Die Leute müssen aufhören, ideell (und irgendwann auch reell) jene Verhältnisse zu reproduzieren, die sie als Individuen entschieden bedrohen, sie um das Leben im Leben betrügen. Warum sollen wir uns akkurat nur vorstellen, was uns vorgestellt wird? Es gilt diese eherne Befangenheit zu durchbrechen, Gesellschaftlichkeit bloß in den Kategorien und Formprinzipien des Kapitals zu denken. Die größte Barriere sehe ich zur Zeit in der Trägheit unserer, der bürgerlichen Köpfe. Sie hindert die Produktivkraft Mensch, ihre Energien freizumachen. Mal pro-bieren: Die Welt sich vorzustellen ohne Geld und Markt, ohne Arbeit und Wert. Denken wir sie uns weg! Das ist eine Zumutung? Mag sein, nur, wir sollten sie uns wirklich zumuten. Denn alles andere wird schön langsam, nein eigentlich: unschön schnell unzumutbar. Imagine!

Franz Schandl ist Redakteur der Zeitschriften Streifzüge (Wien) und Krisis (Nürnberg)

Buch-re-zen-sion:

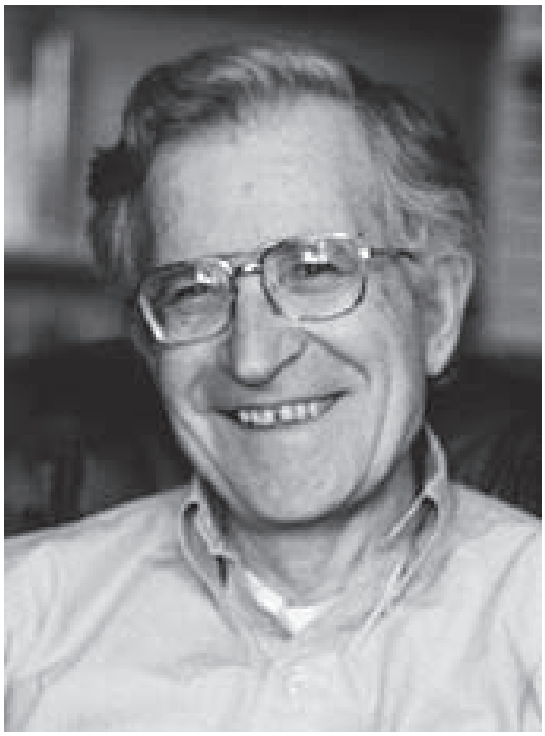
NOAM CHOMSKY: „Power and Terror. US-Waffen, Menschenrechte und internationaler Terrorismus"

„Die Vereinigten Staaten können das Ausmaß des weltweiten Terrors drastisch vermindern, indem sie aufhören ihn zu unterstützen und sich daran zu beteiligen. Es würde nicht gleich das ganze Problem lösen, aber doch einen großen Teil desselben. Allerdings wird dieser grundlegende Punkt nirgendwo erörtert oder diskutiert."

Chomskys Buch „Power and Terror" enthält ein Interview und verschiedene Vorträge und Diskussionen zwischen März und Mai 2002, in denen er schonungslos die US-amerikanische Außenpolitik kritisiert. Dabei spannt Chomsky einen Bogen von den US-amerikanischen Interventionen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu dem proklamierten „Kampf gegen den Terror" heute. Chomsky analysiert und widersetzt sich dem systematischen falschen Gebrauch von Begriffen im Alltag und in den Massenmedien. So kritisiert er z.B. die allgemein verbreitete Verwendung des Begriffes „internationaler Terrorismus", denn dieser bezeichnet bisher nur den „Terror der Anderen" und nicht den wahren internationalen Terrorismus: Die Außenpolitik der USA. In der Öffentlichkeit herrscht, so Chomsky, allerdings der weit verbreitet Eindruck vor, dass das, *„was wir tun Gegenterror oder gerechter Krieg ist und was die Anderen tun Terror ist"*. Dabei ist in der Realität genau das Gegenteil der Fall.

Um diese These zu untermauern, untersucht Chomsky Beispiele für das völkerrechtswidrige Einmischen der USA in die Angelegenheiten anderer Staaten. Hierzu zählt z.B. die vielfach nachgewiesene militärische Unterstützung der Contras in Nicaragua durch die CIA, die sich gegen die sandinistische Revolution richtete und Tod und Vertreibung bedeutete, oder die Tatsache, dass El Salvador in den achtziger Jahren der führende Empfänger US-amerikanischer Waffenlieferungen war und so einen blutigen Krieg gegen seine eigene Bevölkerung führen konnte. Von diesen Beispielen ausgehend wird gezeigt, dass ein positiver Zusammenhang zwischen US-amerikanischer Entwicklungs- und Militärhilfe und Menschenrechtsverletzungen in den jeweiligen Ländern besteht, d.h. überall dort, wo sich die USA militärisch oder entwicklungspolitisch betätig(t)en gab/gibt es überdurchschnittlich viele Menschenrechtsverletzungen. Als weitere Beispiele schildert Chomsky die Militärhilfe für Indonesien, die in direktem Zusammenhang mit dem Völkermord in Ost-Timor stand und das „Engagement" der Vereinigten Staaten im Nahen Osten, das in Wirklichkeit einen gerechten Frieden zwischen Israel und den Palästinensern verhindert. Doch welche Motive stehen hinter dieser Art von internationalem Terrorismus? Auch darauf versucht der überzeugte Anarchist eine Antwort zu geben:

„Wie aber verbessert man in einem Land der Dritten Welt das Investitionsklima? Eine höchst geeignete Methode besteht darin, Gewerkschafts- und Bauernführer zu ermorden, Priester zu foltern, die Landbevölkerung zu massakrieren, Sozialprogramme zu annullieren usw. Genau daraus resultiert die [...] nachgewiesene Beziehung zwischen Entwicklungshilfe und Folter."



Chomsky verdeutlicht sehr eindrucksvoll eine (eigentlich) offensichtliche Kausalkette, nämlich die von ökonomischen Interessen, militärischer und entwicklungspolitischer Einmischung und den dadurch verursachten Menschenrechtsverletzungen. Chomsky ermuntert die LeserInnen, Begriffe, die in fast allen Medien und im gängigen Sprachgebrauch eindeutig falsch bzw. einseitig verwendet werden, neu zu denken bzw. die propagandistische Berichterstattung in den Massenmedien kritisch zu hinterfragen. Er ruft dazu auf, hinter die Kulissen der verlogenen Politik zu schauen und zeigt, wie die subtile Manipulation durch die Massenmedien funktioniert. Diese folgen meist nur eigenen ökonomischen Interessen, wodurch sie zu Handlangern der Politik der Mächtigen werden und somit eine Voraussetzung für den Machterhalt der Herrschenden darstellen.

Chomsky verdeutlich wie kaum ein anderer die zentralen Machtzusammenhänge und gefährliche Manipulierbarkeit der Bevölkerung. Genau darin liegt der große Wert dieses Buches.

Noam Chomsky:
„Power and Terror. US-Waffen, Menschenrechte und internationaler Terrorismus"
112 Seiten
erschienen im Europa Verlag, Februar 2004

Einen Sommer lang lief es. Einen Sommer lang saßen wir am Fluß, Leute, die gerade vor einer Stunde ihre Arbeit beendet hatten, Leute, die für Prüfungen lernten, Leute, die heute noch kellnern mußten,
Dachdecker, Pressesprecher, Filialleiter. Der Exfreund einer Frau, mit der ich um drei Ecken bekannt war, die Freundin einer Freundin von Markus, irgend jemand schleppte immer noch jemand anderen mit, und ich wußte manchmal mehr über die Picknickdecken, als über die Leute selbst. Die grüne, blumenbedruckte mit dem riesigen Rotweinfleck, die mit den indisch anmutenden Mustern, auf die ich Wachs gekleckert hatte, die flauschige blaue, auf der ich gerne lag, wenn es abends kühler wurde und die anderen Decken sich schon feucht anfühlten. Ich war fast schon traurig, wenn ich eine frisch gewaschene Decke sah, die ihr Gesicht verloren hatte. Einen Sommer lang lief es. Da war immer jemand, der einen Salat mitgebracht hatte, Würstchen, Brot oder Tomaten, da war immer jemand, der noch mal an den Kiosk fuhr und vorher Bestellungen entgegennahm, aber niemals Geld. Da war immer jemand, der Kerzen mithatte oder Räucherstäbchen, eine Kühlbox, eine Frisbee, da war immer jemand, der trockenes Holz suchte. Es fiel jedem leicht, irgend etwas zu tun. Heute lag man vielleicht auf der faulen Haut, unterhielt sich, nahm, was kam. Und morgen brachte man vier Flaschen Wein mit, einen Ghettoblaster und einen Volleyball und kümmerte sich ganz alleine um das Feuer. Es war immer der eine oder andere Unbekannte dabei, aber man konnte davon ausgehen, daß er ein angenehmer Mensch war, jemand, den man mochte und schätzte, hatte ihn wahrscheinlich mitgebracht. Man konnte nebeneinander sitzen und plaudern mit einer Leichtigkeit, die nicht nur an dieser weichen Luft lag. Es war so herrlich entspannt und einfach, bei gutem Wetter rief man die paar, die man gut kannte, an, und die riefen wiederum andere an, und bald schon lagen fünfzehn, zwanzig Menschen auf Decken am Fluß, tranken und unterhielten sich.

Später fuhr ich mit dem Rad nach Hause und feierte mit jemandem, wie gut es heute wieder gewesen war. Es gab ruhige Abende und Abende voller Gelächter und Bauch-weh und Tränen in den Augen. Was zählte, war die Stimmung und daß wir beisammen saßen. Morgens nach dem Duschen hatte ich oft genug das Gefühl, noch nach dem Rauch des Feuers zu riechen, mein Lieblingsgeruch für dieses Jahr.
Einen Sommer lang lief es. Der eine oder andere verschwand für eine Woche oder zwei, Urlaub irgendwo, dann war er wieder da. Einen Sommer lang war alles ganz einfach, und manchmal fragte ich mich, ob wir uns was vormachten oder ob es genau darum ging, Menschen am Fluß, vereint durch Picknickdecken, Gespräche und den Wunsch, die Tage zu genießen.
Was war mit unseren Problemen, mit den Streitigkeiten, mit unseren Wünschen, die uns erdrückten, wenn wir alleine waren. Was war mit den Weckern, die morgens klingelten, mit den unerträglichen Kollegen, mit den Geldsorgen und den heftigen Auseinandersetzungen, mit den Prüfungen und den verblödeten Kunden, was war damit. Was war mit all denen, die keine Stelle am Fluß hatten und niemand, der Getränke holen ging, und womöglich nicht mal ein Bett oder ein Dach über dem Kopf. Was war mit der ganzen Welt. Wir saßen zusammen, aber es änderte sich nichts, die Erde drehte sich mit der gleichen Geschwindigkeit wie immer. Strahlten wir Frieden aus. Und wenn ja, wohin?
Einen Sommer lang lief es. Wir waren eine Familie.
Vielleicht geht es doch darum.

Selim Özdogan

...SputnikKonzerte...

Dva Samoleta (dt.: **Zwei Flugzeuge**) sind seit über 13 Jahren aus der russischen Musikszene nicht mehr wegzudenken. Nach sechs Alben, unzähligen Russland- und zweier Europa- und Amerikatourneen (von kleinen Kellerclubs bis Festivalbühnen) liefern die sechs Jungs aus St. Petersburg bis heute eine höchst eigenwillige Mischung verschiedenster Stile. Ska, Reggae, Rock, Hip Hop, auch Chanson und „Afrobeat“ stehen auf dem musikalischen Speiseplan.

Getreu nach gutem, altem sozialistischem Motto „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ basteln **Dva Samoleta** unaufhörlich an Musik und Show. Keine Tour ist wie die andere, jedes Album hält neue Überraschungen parat. An ihrer ungeheuren Popularität in Russland hat das allerdings nichts geändert. Wenn **Dva Samoleta** in St. Petersburg spielen, feierten schon mal 5.000 Leute ein rauschendes Fest. (Besetzung: Trompete, Posaune, Bass, Gitarre, Gesang Schlagzeug und Scratches.) Anfang Oktober landen die **„Zwei Flugzeuge“** zu ihrer zweiten Deutschland-Tournee, die sie in Oldenburg starten. Im Laderaum haben sie ihre tanzbaren Beats und jede Menge Überraschungen geladen. Kombiniert mit unglaublicher Bühnenpräsenz und viel schrägem Humor sicher nur angenehme. *http://www.dvasamoleta.ru*

Im Vorprogramm spielen **Rau**. Sechs Musiker, die privat die emsländische Abgeschiedenheit lieben, auf der Bühne ist davon aber nichts mehr zu sehen. Rock, HipHop, Reggae, Psychodelia und eine Feuershow haben Rau im Programm. Empfehlenswert.

8.Oktober 22.oo h Alhambra

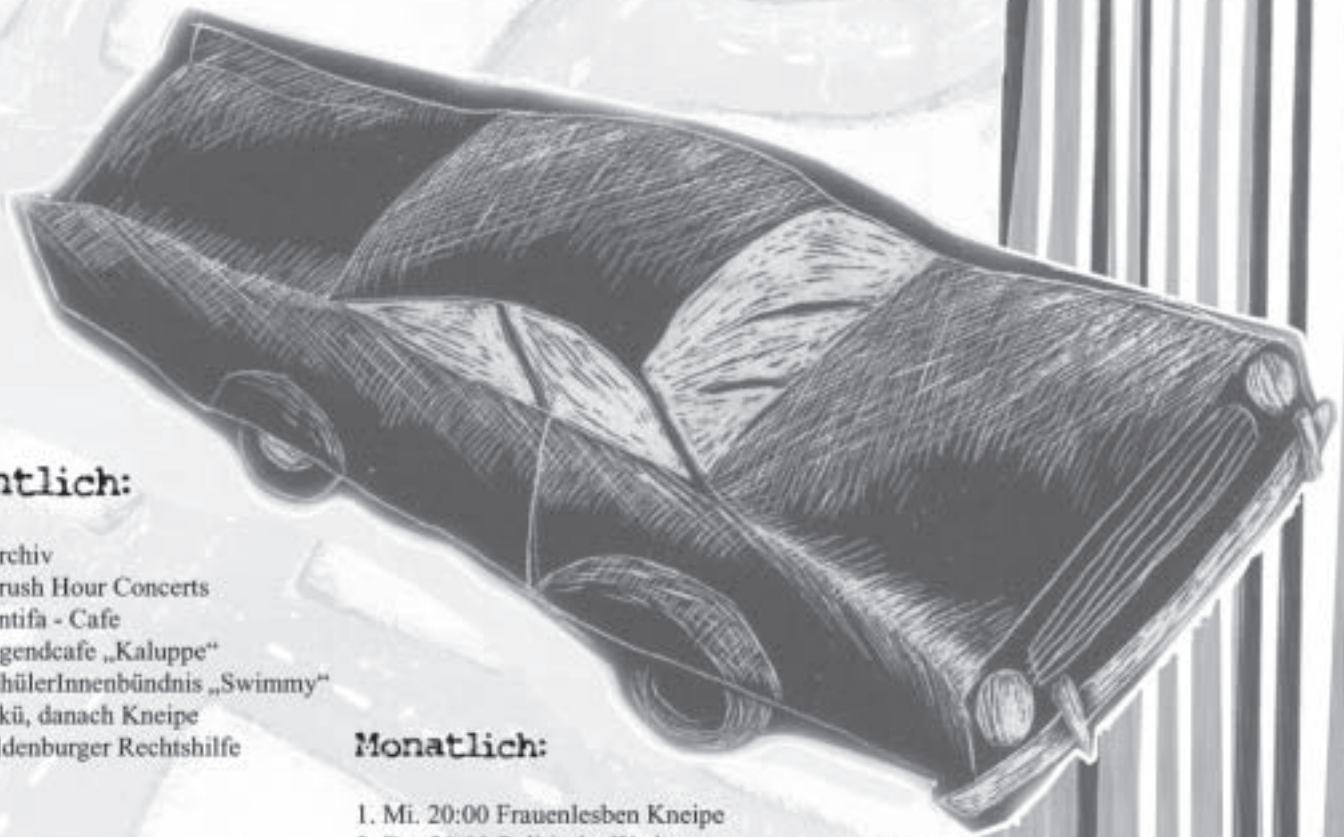
Zeitung und Programm september

Termine

Do.	2.9. 21:00	Crush Hour Concerts: Ju Ju Queens
Fr.	3.9. 20:00	Konzert vom SchülerInnenbündnis: Skambulé + Random 99 (Punk aus Oberhausen)
Sa.	4.9. 22:00	Lesbischwule Beach Party
Fr.	10.9. 20:30	NutzerInnenplenum
Sa.	11.9. 21:00	Fiend-TV Metal-Konzert
Fr.	17.9. 21:00	Konzert: Krach (Punk-Ska aus Greifswald)
Sa.	18.9. 22:00	Männerfabrik
Fr.	24.9. 21:00	Konzert vom SchülerInnenbündnis:Tut das not (Punkrock aus ST) + Instinkt (Rock aus HB)
Sa.	25.9. 22:00	Rosa Disco
So.	26.9. 15:00	Vorlese-Zweitfrühstück

Oktober 04

Sa.	2.10. 22:00	Homophilias
Fr.	8.10. 22:00	Sputnik-Party



Wöchentlich:

Mo. 18:00 Archiv
Mo. 18:00 Crush Hour Concerts
Mo. 20:30 Antifa - Cafe
Do. 17:00 Jugendcafe „Kaluppe"
Do. 18:00 SchülerInnenbündnis „Swimmy"
Do.19:00 Vokü, danach Kneipe
Do. 21:00 Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi. 20:00 Frauenlesben Kneipe
2. Do. 20:00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20:30 NutzerInnenplenum